

Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Hauptstadt, 7/8, und durch Anstalten zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Bogen 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 2.90, wo keine Post am Orte, M. 3.00.

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Interessantes Besondere Besondere für die einseitige Sozialdemokratie oder deren Kampf 25 Pfennige, für Arbeitsnachweise, Vereins- und Besammlungsarbeiten 15 Pfennige, Auswärtige Inserate 35 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 1 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 222.

Breslau, Freitag, den 22. September 1911

22. Jahrgang.

Das Echo von Düsseldorf.

Dem gewaltigen Eindruck des Düsseldorfener Wahlergebnisses kann man sich nirgends entziehen, wenn auch die Preßstimmen aus dem blauschwarzen Lager nur äußerlich zögernd herausstehen. Gerade in diesem Augenblicke, wo die Zusammenkünfte in Wien, das Attentat auf Stöcklin und die Haltung der Sozialdemokratie in der Marokkofrage den Reaktionsären den Vorwand gaben, den ärgsten Hauch von Schwärmungen über ganzes Land zu tragen, gerade in diesem Augenblicke erklären 8500 deutsche Bürger über 25 Jahre zum ersten Mal ihr Verlangen zur sozialdemokratischen Vereinerung und wählen 25.000 vorhanden 25.000 zu. Gerade in diesen Wochen, wo der Patriotismus des Zentrums über den grünen Meer gelobt wird, gerade jetzt erbt das Zentrum von 18.000 neuen Wahlberechtigten nicht eine einzige Stimme! Ein neuer Wahlkreis ist sozusagen mitten im katholischen Lande entstanden, fürs Zentrum aber ist nichts dabei herausgekommen. Düsseldorf selbst war am Wahltage von heftiger Erregung durchzittert, das bestätigte ein Brief des „Berliner Tageblattes“, in dem es heißt: Die Wahlbewegung, die anfänglich sehr matt einsetzte, hat in den letzten Tagen noch eine lebhaftere Gestalt angenommen. Ihren Höhepunkt und gleichzeitig auch ihren Abschluß fand sie in einer gewaltigen Versammlung, die von der Fortschrittlichen Volkspartei auf gestern Abend in den größten Saal Düsseldorfens einberufen war. Etwa 5000 Personen füllten den Saal, der lange vor Beginn der Versammlung polizeilich gesperrt werden mußte. Tausende mußten umkehren und Hunderte umlagerten die Versammlung noch stundenlang. Unter brausendem Beifall sprach zunächst Dr. Biesanz, der an die Stelle des verhinderten Grafen Soensbroech getreten war, über das Thema „Das Zentrum eine Volksgefahr“ und nach ihm Reichstagsabgeordneter Dr. Potthoff über die Wahlparole der Fortschrittlichen Volkspartei für den sozialdemokratischen Kandidaten. Nur das Zentrum hielt gestern keine Versammlung mehr ab; die Nationale Vereinerung hatte sich mit Ausnahme einer Versammlung, in der der Stadtverordnete Herkenrath sich selbst als den ungeeignetsten Kandidaten bezeichnet hatte, den man finden könne, und eines einzigen Flugblattchens dem Lichte der Öffentlichkeit nicht weiter ausgesetzt. Für die Sozialdemokratie sprach der Reichstagsabgeordnete Ledebour in einer auch von Nichtsozialdemokraten stark besuchten Versammlung.

Dienstag Morgen setzte die Wahlbewegung gleich ziemlich lebhaft ein. In den ersten Wahlstunden hatten in den einzelnen Wahlbezirken schon fast 25 Prozent der Wähler gewählt. Gegen Mittag, als die Fabriken schlossen, strömten in dem Industrieviertel die Arbeiter in großen Rügen zur Urne. Das Zentrum, das im Saale der Düsseldorfener Bürgerschaft, genannt der „Votiv“, sein Hauptquartier hat, entwickelte eine fieberhafte Agitation, an der sich auch zahlreiche Frauen beteiligten. Es mußte sich aber auffallenderweise heute zum ersten Male begabter Hilfskräfte bedienen, während die demokratische Vereinerung eine Unzahl freiwilliger Helfer, besonders in den besseren Kreisen der Bevölkerung gesunden hat, die in wirksamer Weise für Dr. Breitscheid Stimmung machten. Die Flugblattverteilung auf den Straßen hat niemals zuvor einen nur ähnlichen Umfang angenommen. Die Straßen sind teilweise mit Flugblättern geradezu überfüllt. Auffallend ist, daß im Ruhmannsreick heute die Streitposten vor den Lagerplätzen fast gänzlich verschwunden sind; die Ausschreitungen arbeiten aufeinander hin. In den Diensten der sozialdemokratischen Partei. Die Wahlstimmung ist kaum jemals zuvor so angeregt gewesen, auf Schritt und Tritt hört das Ohr die sozialdemokratische Parole: „Mit Gott für König und Kaiserland!“ (Sozialdemokratisch ist zwar diese Parole gerade nicht, aber als Scherzwort mag sie nicht übel gewirkt haben.)

Am späten Nachmittag nahm die Wahlbeteiligung, die nach der Nachmittagspause der Arbeiter stark abgeklungen war, kolossal zu. Das Zentrum schleppte mit Macht und die Sozialdemokraten landten von Haus zu Haus den noch nicht in der Liste gestrichenen Wählern aller Parteien Wahlauftrufe zu. Ueberall wurde das Ergebnis mit großer Spannung erwartet. Gegen 8 Uhr abends füllten sich die Straßen und Plätze, an denen die Zeitungen die Teilergebnisse durch Scheinwerfer bekannt gaben. Von vornherein hatten die Sozialdemokraten einen Vorsprung, der ständig anwuchs und bei einer Zusammenstellung sogar nur um wenige Stimmen hinter der Gesamtzahl der übrigen Kandidaten zurückblieb. Als dann die Resultate aus den ländlichen Wahlbezirken, die größtenteils sichere Zentrumsdomänen sind, eintrafen, änderte sich das Bild etwas zugunsten von Dr. Friedrich. Allenfalls wurden die Erfolge Haberlands mit fürstlichem Jubel und Schreien auf die Sozialdemokratie begrüßt, und auch die stätliche Stimmengabe für Dr. Breitscheid fand beifällige Aufnahme.

Trotz der riesigen Volksansammlungen herrschte überall munterhafte Ordnung. Schutzleute waren nicht zu sehen.

Der „Vorwärts“ begrüßt das schöne Resultat und erklärt unseren Fortschritt wie folgt:

Unter diesem Stimmengewalt dürfte sich freilich eine erhebliche Anzahl nationalliberaler Stimmen befinden. Denn da die Nationalliberalen, die bei der letzten Wahl 14.651 Stimmen erhalten haben, sich jedoch vom Mandatsbewerb ausgeschlossen hatten, werden ihre Stimmen zwar zum Teil auf Breitscheid und Hedentals entfallen, zum anderen Teil aber auch auf den sozialdemokratischen Kandidaten übergegangen sein. Dennoch ist es zweifellos, daß diesmal die Sozialdemokratie auch aus eigener Kraft eine beträchtlich größere Stimmenzahl aufgebracht hat als im Jahre 1907.

Daß die Nationalliberalen zum Teil für den sozialdemokratischen Kandidaten eingetreten sind, darf wohl darauf zurückgeführt werden, daß der Zentrumskandidat Dr. Friedrich noch kurz vor der Wahl die Sansabündler vor den Kopf gestoßen hat. Er hat es nämlich in letzter Stunde kategorisch abgelehnt, dem Sansabunde irgend eine schriftliche Erklärung zu geben.

Trotzdem in den ländlichen Bezirken die Gestaltlichkeit mit großem Eifer an der Arbeit war, hat das Zentrum nicht einmal seine Stimmenzahl vom Jahre 1907 wieder zu erlangen vermocht. Auch diese Wahl hat bewiesen, daß die Wählermassen über die völkerverräterische Politik des Zentrums erhört sind und sich trotz aller demagogischen Mittel nicht mehr einfangen lassen. So darf auch die Düsseldorfener Wahl als ein Vorzeichen für die allgemeinen Reichstagswahlen gelten.

Besonders scharf acht das „Berliner Tageblatt“ mit dem Zentrum ins Zeug:

Das Ergebnis der Reichstagswahl in Düsseldorf, auf die alle Welt mit äußerster Spannung blickte, ist schmerzhaft das gleiche wie im Jahre 1907: das Zentrum hat den Wahlkreis in der Stichwahl gegen die Sozialdemokratie zu verteidigen. In Wahrheit aber, welche Wandlung der Verhältnisse und wie anders die Ansichten, womit das Zentrum diesmal in den Entscheidungskampf geht! Obwohl die Zahl der Wahlberechtigten sich um 18.000 vermehrt hat, haben diesmal im ersten Wahlgange nur ungefähr ebensoviel Wähler von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht wie 1907. Die alte Erfahrung, daß für eine vereinigte Nachwahl das Interesse fast nie das Maß eines allgemeinen Wahlkampfes erreicht, bestätigt sich also hier. Bei gleichbleibender Zahl der Wähler nun hat das Zentrum die Stimmenzahl von 1907 nicht ganz, aber annähernd zu erreichen vermocht, die Sozialdemokratie hat einen Zuwachs von über 8000 Stimmen zu buchen, während über 14.000 nationalliberale Stimmen einfach von der Urne verschwunden sind. In ihrer Rolle wiederum 3500 demokratische Stimmen und ein Witzschuß von weiteren 3100 reaktionären, die sich auf einen unbestimmten Sammelplatz vereinigt haben. Man wird annehmen dürfen, daß in dem sozialdemokratischen Zuwachs von 23 Prozent ein gut Teil linksliberaler Stimmen steckt, die 1907 noch dem Nationalliberalen zugute kamen; hätten auch die demokratischen Stimmen gleich im ersten Wahlgange den Sozialdemokraten zugesührt werden können, so wäre dessen Sieg bereits entschieden.

So bleibt als erfreuliches Ergebnis dieses ersten Wahlganges die Tatsache, daß eine Spaltung des Zentrums schwer ersichtlich ist und daß die besten Ansichten vorhanden sind, sie bei Anspannung aller Kräfte am Entscheidungspunkte zu nehmen. Wie das endgültige Ergebnis aber auch ausfallen möge, die Hauptwahl bleibt eine Verhängung des Jahresrückblickes, den Rebel auf dem Jenaer Parteitag aufstellte: daß nämlich, wer mit den schmutzigsten Waffen kämpft, selten am besten abscheidet. Das Zentrum war keines Sieges diesmal so wenig sicher, daß es ohne unglückliche Praktiken nicht glauben auskommen zu können.

Es ist anzunehmen, daß der Ekel und die Empörung über die gewalttätige Unmoral, die das Zentrum bei Aufstellung seiner Kandidatur bewiesen hat, und die durch das ebensolche Ungeheuer die Vorgänge des Sansabundes noch rechtlich bloßgestellt wurde, dem Sozialdemokraten zahlreiche Stimmen auch aus dem bürgerlichen Lager zugesührt haben. Die Furcht, womit die Sozialdemokratie sich in Jena zur Unrechtmäßigkeit wahrhaft liberaler Kandidaten bekannt hat, wird das ihre dazu getan haben, bürgerlichen Wählern das Einreden für Wählerland zu erleichtern. Jetzt müssen alle Anstrengungen darauf gerichtet werden, das hoffnungslos begonnene Werk glücklich zu vollenden. Man verleihe sich nur nicht darauf, daß dem Gegner des Zentrums ja 3500, dem Zentrum selbst dagegen nur 3100 Stimmen ausfallen. Es genügt noch nicht, daß die demokratischen Wähler Mann für Mann für Wählerland eintreten. Nur den 32.000 die nicht gewählt haben, stehen dem Zentrum sicher noch starke Rezerwen zur Verfügung, und der Unstaud, daß es seine Stimmenzahl von 1907 fast behauptet hat, ist ein Beweis dafür, wie ernst dieser Gegner auf jeden Fall zu rechnen ist. Aber die Zahlen beweisen andererseits auch, daß die ältesten und festesten Hochburgen des Ultramontanismus am Rhein nicht mehr sicher sind. Darum muß jetzt erst recht der letzte Revue angehalten werden, um die Düsseldorfener Wahlkämpfe zu gestalten zu einem günstigen Vorzeichen des großen Kampfes von 1912.

Groß ist natürlich die Trauer der „Deutschen Tageszeitung“:

Der Sansabund hat sich sowohl nach seiner Parole wie nach dem Erfolge, auch hier wieder als bewußter Schrittmacher der Sozialdemokratie erwiesen. Und man muß leider fast mit Sicherheit befürchten, daß die Stichwahl das schmachvolle Werk vollendet, da die „nationalen“ Stimmen nicht einmal die demokratischen die zweifelhafte dem Genossen ausfallen werden, wenn auch können, dieser aber vor dem Zentrumskandidaten einen Vorsprung von über 4700 Stimmen hat. Die einzige Möglichkeit bestände vielleicht darin, daß die Nationalliberalen ihre böse Hauptwahlhände durch ein offizielles Eingreifen in die Stichwahl zugunsten der bürgerlichen Sache wieder gut zu machen suchten; sehr zweifelhaft bliebe der Erfolg aber aus den angeführten Gründen immer noch. Was wir gleich als Folge der nationalliberalen Taktik voraussagen, ist also in

vollstem Umfange eingetroffen: Die Düsseldorfener Nationalliberalen haben in hohem Maße dazu beigetragen, daß ein bürgerlicher Wahlkreis voraussichtlich an die Sozialdemokratie verloren geht!

Danon vielleicht noch hinter. Die direkte und unmittelbare Schuld an dem Ausgange aber wird der Sansabund und die ganze liberale Zentrale auf sich nehmen müssen. Sie haben auch hier der Unstaurapartei den Weg bereitet. Und auch dieser Wahlschick hat einen gewissen Erfolg erzielt, unter Sansabündlerischer Führung, allein der Sozialdemokratie und damit dem nationalen Verderben dienlich.

Noch trauriger klingt allerdings das Lied der treu-deutschen „Täglichen Mundschau“, die die Politik für die „Gebildeten“ macht:

Diese Wahl bringt alles Trübe, Vermorrene, Gedrückte dieser Tage wider. Die sozialdemokratischen Stimmen haben gewaltig zugenommen. Bei der letzten Wahl waren es 25.389, diesmal sind es, offenbar unter Mithilfe der Fortschrittler und unter dem Zutrom der Wähler 33.312 geworden! Der Weg bei der Stichwahl ist den bürgerlichen Parteien auch diesmal vorgezeichnet. Jetzt müssen alle Verdrossenen heraus, der Zentrumskandidat, als der bürgerliche Vertreter, muß zum Sieg geführt werden. Was bei der letzten Stichwahl gelungen ist, als der Zentrumsabgeordnete Kirch mit 33.317 gegen 25.233 sozialdemokratische Stimmen siegte, muß auch diesmal gelingen.

So hat die Düsseldorfener Wahl es dahin gebracht, daß die alten ehrlichen Seemanns vom Evangelischen Bund und vom Antikamontianen Reichsverband in die Arme des Zentrums sinken.

Recht skrupellos hilft sich das Breslauer Zentrumsorgan über das unangenehme Resultat hinweg. Es findet, daß die Zunahme der Sozialdemokratie um 8000 Stimmen — es ist noch etwas mehr — sehr wenig Bedeutung habe, dagegen ist es ganz erfreut, daß das Zentrum gegen 1903 — 7000 Stimmen zugenommen hat! Warum nicht lieber 1890 als Ausgangspunkt der Berechnung gewählt wurde, ist nicht ganz klar. Solche Kunststücke wurden bekanntlich vom demselben Blatte auch vor der Landeshüter Wahl aufgeführt, worauf die Zentrumsorgane in Reife und Reifstadt ihre Breslauer Kollegen haben, die Schäfer doch nicht allzusehr einzusehen. Aber was soll man nach Düsseldorf tun? Man feiert eben wieder ein.

Die „Germania“ ruft Hilfe zur bevorstehenden Stichwahl:

Kann das Zentrum nicht aber auch auf eine Stichwahlhilfe aus dem rechtsnationalliberalen Lager hoffen? Aus den Kreisen derjenigen, die zwar politische Gegner des Zentrums sind, aber doch nicht wollen, daß die rote Fahne über ihrer Vaterstadt Düsseldorf weht, und deshalb das Zentrum als das „kleinere Übel“ betrachten. Von der nationalliberalen Parteileitung ist bis jetzt noch keine Stichwahlparole ausgegeben worden. Aber das in nationalliberalen Kreisen auch außerhalb Düsseldorf der Wunsch herrscht, die Nationalliberalen möchten den Triumph der Sozialdemokratie verhindern und dem bürgerlichen Kandidaten zum Siege verhelfen, steht außer Zweifel.

Es ist bezeichnend, daß das Zentrum seine ganze Hoffnung auf den rechten Flügel der nationalliberalen Partei setzt, in dem die brutalsten Scharfmacher dominieren. Da zeigt sich die innige Seelenverwandtschaft dieser angeblich sozialreformistischen, „arbeiterfreundlichen“ Partei mit den rücksichtslosen Feinden des Koalitionsrechts und jeglichen sozialpolitischen Fortschritts. Diese Demütigung vor den Grobherren der Industrie bedeutet für das Zentrum eine schlimmere Niederlage, als der Verlust eines Mandats, der hoffentlich auch durch diesen unwürdigen Schrei nach Hilfe nicht verhindert werden wird!

Die Sozialdemokratie hat aber an der Düsseldorfener Wahl gezeigt, daß sie, wie im ganzen Reiche, so auch im industriellen Westen Preußens die starke, stets wachsende Vormacht des politischen Fortschritts ist. Sie wird zweifellos bei den nächsten allgemeinen Wahlen in ganz Rheinland-Weßfalen ihre Stimmenzahl außerordentlich verstärken. Der Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien, der sich dort vorbereitet, und der durch den Düsseldorfener Wahlausfall erheblich beschleunigt wird, ist auch nur ein Zeichen ihrer wachsenden Macht. Das westliche Industriegebiet ist damit auf den Weg der sächsischen Entwicklung gedrängt und wird eines Tages dasselbe Schauspiel bieten, wie das rote Königreich im Jahre 1903.

Je mehr sich die Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien verwickeln, desto schärfer prägt sich der Gegensatz aus zwischen ihnen und der Sozialdemokratie. Was die Liberalen und liberalen Wahlstrategen des Westens verhindern wollen, das werden sie durch ihre der Angst entsprungene Taktik nur beschleunigen; es wird dann überall werden wie in Düsseldorf: Stillstand und Rückschritt des Zentrums, Verwirrung und Niedergang im Liberalismus, glänzender Aufstieg der Sozialdemokratie!

Nach der vorläufigen amtlichen Feststellung erhielt bei der Nachwahl Genosse Haberland 34.073 Stimmen, der Zentrumskandidat Friedrich 29.219, der Demokrat Breitscheid 3321, der Deutschsoziale Seidenrat 3147 und der Rote 326 Stimmen.

Politische Uebersicht.

Starke Beruhigungspulver für die Finanzwelt.

Die deutsche Regierung muß schon gewaltige Anstrengungen machen, um die lebhafteste Beunruhigung der Bank- und Börsenwelt einzuschränken, die im Gefolge der herabgezogenen Markloberhandlungen austritt und das ganze Wirtschaftsleben zu erschüttern droht. Vor Beginn des Verkehrs der Mittwoch-Börse wurden die Banken mit Verkaufsordern besetzt. Infolgedessen setzten sich die großen Bankinstitute mit dem auswärtigen Amt in Verbindung.

Vor Beginn der Börse wurden der Direktor der Berliner Handels-Gesellschaft, Gürtler, der Direktor der Deutschen Bank, Bessler, ferner die Vertreter der Nationalbank und des Kaiserlichen Reichsbank, sowie andere Mitglieder der Finanzwelt auf dem auswärtigen Amt von dem Unterstaatssekretär Zimmermann empfangen, der in einer Unterredung angeblich erklärt haben soll, die Markloberfrage werde in zwei bis drei Tagen in günstiger Weise erledigt sein. Der Unterstaatssekretär soll den Vertretern der Großbanken gestatten haben, jeden beliebigen Gebrauch von dieser Erklärung zu machen. Durch diese Erklärung des Unterstaatssekretärs wurde ein größerer Kurssturz verhindert.

Diese „Beruhigung“ war aber im Hinblick auf den Diplomatenhandel wieder zu kräftig und deshalb teilt das offiziöse Wolffsche Telegraphenbureau dazu folgendes mit:

Die Informationen der Blätter über die angebliche Besprechung von Mitgliedern der Hochfinanz mit dem Unterstaatssekretär des auswärtigen Amtes Zimmermann sind unzutreffend. Es hat eine solche Besprechung nicht stattgefunden, sondern es ist, wie wir hören, lediglich auf eine Anfrage die Mitteilung gemacht worden, daß für eine von den Herren angekündigte Erregung der Börse der Stand der Markloberfrage keinerlei Anlaß biete, namentlich nicht zu einer Börsenpanik. Die Verhandlungen seien auf gutem Wege, und es dürfte binnen kurzem einem befriedigenden Abschluß entgegenzusehen werden. Die Frage von zwei oder drei Tagen ist also gar nicht gefallen.

Es hat also keine „Besprechung“ stattgefunden, sondern eine „Anfrage“ und eine „Mitteilung“. Gut, daß ein halbamtliches Telegraphenbureau in Bewegung gesetzt wird, um den seinen Unterschied herborzuheben. Weshalb aber bleibt die Beunruhigungsabsicht. Daß sie in dieser Form erfolgen muß, zeigt, wie gründlich unsere Diplomaten die Karte in den Sumpf gefahren haben. Nicht der Krieg, aber die Kriegsheer und Kriegswirtschaft richten schon schlimme Verheerungen an, wie Genosse Bernstein auf dem Jenaer Parteitag ausführte.

Für den Arbeiter ist gesorgt bis ins hohe Alter.

Am wenigsten trifft das Wort Wilhelm II. auf die Landarbeiter zu. Dafür einen neuen Beleg. Seit 45 Jahren hatte der nun 76jährige Landarbeiter Koch auf dem Rittergut Klopzow in Mecklenburg gearbeitet. Jetzt ist er völlig arbeitsunfähig geworden. Gesehlich, nicht nur moralisch, war der Rittergutsbesitzer Strimpfner zum Unterhalt des Alten verpflichtet. Weil er aber als Agrarier sich über Gesetz und Nächstenliebe glaubte hinwegsetzen zu dürfen, unterließ der Gemütsmenschen dies. Das ritterschaftliche Polizeiamt in Röbel wurde nun von dem armen Alten, der völlig hilflos ist und sich nur auf Krücken fortbewegen kann, angerufen, und dieses wies den Rittergutsbesitzer an, für den Arbeiter zu sorgen.

Darauf entfernte der Richter den Alten aus Klopzow und steckte ihn in eine unbewohnte, 1 1/2 Kilometer vom Gute entfernte Mühle. Dortin wurden dem Hilfslosen von Zeit zu Zeit einige Kartoffeln geliefert. Außerdem wurde ihm anheimgegeben, sich täglich auf dem Gut einen Liter Magermilch zu holen.

Der gebrechliche Alte konnte natürlich weder Magermilch holen, noch sich die Kartoffeln zubereiten. Andere

Nahrungsmittel erhielt er aber nicht, so daß er im größten Elend verkommen wäre, hätten sich seiner nicht mitleidige Menschen in der Nachbarschaft angenommen.

Da die schriftliche Anweisung des Polizeiamts, die den Gutsherrn zum Unterhalt des Alten verpflichtete, dem Arbeiter vom Besitzer des Rittergutes, einem Freiherrn v. Hammerstein, abgenommen und seitdem spurlos verschwunden war, richtete der Alte in seiner Verzweiflung eine Beschwerde an das Ministerium. Dieses hat nun das Polizeiamt in Röbel angewiesen, seines Amtes zu walten. Der Gutsherr wurde behördlich verpflichtet, pro Monat 15 Mark für die Verpflegung des Alten auszugeben. Dies sind zwar pro Tag nur 50 Pfg., sie schützen aber den Alten wenigstens vor dem Hungertode.

Nun sage noch einer, daß die Kompostschüssel dieses Arbeiters nicht gefüllt sei bis zum Rand.

Der Schnapsbott.

Nelchlich lange hat es gedauert, ehe die bürgerliche Presse dazu gekommen ist, unumwunden die beachtenswerte Wirkung des sozialdemokratischen Schnapsbottens anzuerkennen. Jetzt kommt als erstes Berliner Blatt die „Tägl. Rundschau“, die ja manchmal Anfälle von Ehrlichkeit hat und erklärt ganz offen, daß der Trinkverbrauch hauptsächlich auf Grund des Schnapsbottens stark hinter dem normalen Durchschnittsverbrauch früherer Jahre zurückbleibt. Sie schreibt:

Vor zwei Jahren wurde auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Leipzig der Schnapsbottent proklamiert. Für eine möglichst strenge Durchführung des Botschafts legten sich die sozialdemokratischen Organisationen und Tagespresse gewaltig ins Zeug. Nach einjährigem Bestehen des Branntweinsteuergesetzes vom 15. Juli 1909 wurde festgestellt, daß der Trinkverbrauch an Alkohol gegen das Vorjahr um 867.000 Hektoliter zurückgegangen war, das heißt auf den Kopf der Bevölkerung von 4,2 auf 2,8 Hektoliter. Dieser enorme Rückgang erklärte sich nicht zuletzt aber auch aus dem Schnapsbottent. Nunmehr liegt auch die Branntweinstatistik für den Trinkverbrauch für die Zeit vom 1. Oktober 1910 bis 31. August 1911 vor. Der Verbrauch stellte sich während dieser elf Monate

1907/08	auf 2.174.373 Hektoliter.
1908/09	2.325.013
1909/10	1.647.565
1910/11	1.502.224

Es die beiden Betriebsjahre 1908/09 sowie 1909/10 stark unter der Einwirkung der Vorverordnungen standen, so erscheinen bezüglich der Wirkungen des Branntweinbottens die Jahre 1907/08 und 1910/11 am besten vergleichbar. Demnach wird man annehmen dürfen, daß der Trinkverbrauch auch zurzeit noch stark hinter dem normalen Durchschnittsverbrauch früherer Jahre zurückbleibt, und zwar hauptsächlich auf Grund des Schnapsbottens, der zweifellos noch mit gleicher Energie durchgeführt wurde, wie die ersten Botschaftsjahre. Als sicher erscheint, daß der von den Sozialdemokraten geforderte Rückgang des Trinkverbrauches um 10 vom Hundert weit überholt wurde.

Die zwei Jahre Branntweinbottent haben also ihre Schuldigkeit getan. Aber es heißt kurzum, anhalten und agilitieren: Es muß noch weniger Schnaps getrunken werden.

Das Pfälzer Wahlbündnis zwischen Zentrum und Sozialdemokraten.

Bebel erinnerte auf dem Parteitag in Jena an die Tatsache, daß das Zentrum 1899 in aller Form ein Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie einging, um bei den bayerischen Landtagswahlen die Liberalen zurückzubringen. Diese Auffrischung im dem Zentrum gerade gegenwärtig sehr unangenehm, es möchte sich so gern als einzig wirksamer Sturmbock gegen die Sozialdemokratie aufspielen und sich der Regierung als solcher empfehlen. Es dauert deshalb auch sehr lange, ehe die Zentrumspresse eine Antwort auf Bebel's Worte fand. In der Nummer vom Mittwoch, den 20. September, endlich bringt die „Germania“ diese Zuschrift aus München (vielleicht vom Erzbischof Bettinger?):

„Der hersehene Sozialistenführer Speyer hat einmal wie er selber mitgeteilt hat, in einer launigen Stunde dem Reichstagswahlkreise Speyer, das Bündnis für die zwei Speyerer Ludwigshafen im Jahre 1899 zwischen Sozialdemokratie und Zentrum sei in der Domkapitel zu Speyer abgeschlossen worden. Auf dieses Märchen fiel Bebel herein und er hat es jetzt in Jena wieder erzählt. Desmal hat er neu hinzugefügt, es sei in der Sakristei von dem Domkapitel Bettinger, dem jetzigen Erzbischof von München, abgeschlossen worden. Die Wirklichkeit ist, daß Abgeordneter v. Vollmar, der auf einer Missionstour nach Speyer kam, vom Domkapitel Dr. Zimmermann, der ein vorzüglicher Kenner der Entwicklung des Domkapitels ist, im Speyerer Domherrenmangel wurde. Das jenseitige Bündnis nicht in Speyer, sondern im Landtagsgebäude zu München zwischen dem Sozialistenführer Speyer und dem Abgeordneten Dr. Jäger vereinbart worden ist, hat Dr. Jäger schon längst öffentlich festgestellt. Das Bündnis in München im Jahre 1899 ist unabhängig von dem pfälzischen Vorgange abgeschlossen worden. Die Gruppierung von 1905 wurde von Fraktion zu Fraktion abgeschlossen und erstreckte sich auf einige zweifelhafteste Wahlkreise. Sie war notwendig, um eine Regierungsbildung, nämlich das Wechselspiel, durchzuführen. Niemand, der an diesen Vorgängen mitwirkte, hat dabei etwas zu verbergen oder zu beschönigen. Auch Erzbischof Dr. v. Bettinger nicht, der als Vorsitzender des Wahlausschusses in Speyer selbstverständlich seinen Anteil an der Sache hatte. Sollte er es nicht getan, so hätte er sich vom katholischen Volk und vom ganzen Klerus der Pfalz isoliert. Das Zusammengehen war nur ein rein faktisches, wobei die grundsätzlichen klaffenden Gegensätze keinen Augenblick zurücktraten. Es wurde im Gegenteil von beiden Seiten betont, daß nach Schwächung des Liberalismus der Kampf zwischen Zentrum und Sozialdemokratie erst recht mit voller Schärfe geführt werde.“

Trotz der Redensarten von „Märchen“ und „weismachen“ muß der Münchener Korrespondent der „Germania“ die Bebel'schen Angaben, soweit sie sachlich von Bedeutung sind, voll bestätigen. Und darauf allein kommt es an. Es ist auch garnicht behauptet worden, daß das Bündnis mehr als ein faktisches war, es genügt ja auch vollkommen, wenn ein Erzbischof in „Uebereinstimmung“ mit dem ganzen Klerus und dem katholischen Volke von Sozialdemokraten Hilfe erbitten muß, um Volksrechte zu sichern.

Zentrum und sozialdemokratische Stichwahlbedingungen. Der liberale „Bayerische Kurier“ schreibt zu den Bedingungen, die der Jenaer Parteitag für die Unterstützung bürgerlicher Kandidaten bei den Reichstagsstichwahlen aufgestellt hat:

„Die meisten Bedingungen, welche den durch die Sozialdemokraten in der Stichwahl zu unterstützenden Kandidaten auferlegt werden, sind von jedermann erfüllbar. So die Wahrung der Reichstagswahlrechte, die Fernhaltung einer Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrecht und des Koalitionsrechts, die Abwendung von Ausnahmemaßnahmen und jeder Erhöhung der Zölle auf Verbrauchsartikeln der großen Massen. Derartige Bedingungen können alle Parteien eingehen, sie sind nicht strittig. Fraglich ist nur die Forderung der Abwehr einer Verschärfung der politischen Paragrafen des Strafrechts, für welche auch die Nationalliberalen einstreten. Doch ist diese Forderung keineswegs spruchreif und läßt sich über sie reden.“

Also, wenns auf den „Bayerischen Kurier“ ankäme, könnte jeder Zentrumsmann die Bedingungen unterzeichnen, dieselben Bedingungen, die die Norddeutsche Zentrums-Presse als schreckliche Entwürdigung des Kandidaten bezeichnet.

Ein Wahlrechtskampf in Südbayern. In der Südbayer Bürgerchaft kam am Montag ein Antrag unserer Genossen zur Beratung, der die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zur Bürgerchaft forderte. Das heutige Wahlrecht ist ein Klassenwahlrecht. Die erste Klasse, die alle Bürger umfaßt, welche in den letzten 5 Jahren vor der Wahl mehr als 2000 Mk. jährlich versteuert haben, wählt nur 2500 Wähler und entsendet 90 Vertreter in die Bürgerchaft, während die zweite, alle übrigen Steuerzahler umfassende Klasse mit rund 6000 Wählern nur 12 Vertreter zu entsenden hat. Die übrigen 18 Vertreter stellt das Land unter ähnlichen Verhältnissen. In eingehender Weise wurde der Antrag von den Genossen Dr. Schlotter und Stellung begründet. Als einziger Redner trat von den bürgerlichen Parteien das sogenannte liberale Bürgerchaftsmitglied Klein auf. Er bekämpfte den sozialdemokratischen Antrag mit allen erdenklichen scholastischen Mitteln. Der Antrag wurde denn auch gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt. Geschlossen stimmten die Liberalen ebenfalls gegen den Antrag.

Die letzten Tage von Pompeji.

Von C. Buiwer

19. In dem Gladius durch die Menge drang, besah er sich bald unter einer Gruppe seiner Freunde. „Ach“, sagte Callus, „seit einem Aufbruch sah ich dich nicht.“ Und wie hast du dieses Aufbruch zugebracht? Welche neue Gerichte hast du erstanden?“

„Ich habe mich mit wissenschaftlichen Untersuchungen beschäftigt“, erwiderte Callus, „und einige Versuche über die Gürtelung der Lampen gemacht; ich glaube, daß ich bezweifle, hierin zu der Vollkommenheit zu gelangen, die unsere römischen Vorgänger erreicht hatten.“

„Unglücklicher junger Mann! und weshalb?“

„Weil“, antwortete Callus mit einem Seufzer, „es nicht mehr geistlich erlaubt ist, den Lampen einen Glanz vorzuziehen. Ich gerate oft in Versuchung, einen sehr feinen Kessel, den ich besitze, in den Tischbehalter zu stellen. Das wäre eine herrliche Maßnahme für die Menschen! — Doch die Gläubigen sind heutzutage entartet und eifern sich für das Wohl ihrer Herren nicht mehr — ja, ich würde mich davon selbst zu diesem Liebesdienst anbieten, um mir nützlich zu sein!“

„Was gibt es Neues aus Rom?“ — fragte Lepidus, als er sich der Gruppe anschloß.

„Der Kaiser hat den Senatoren ein prächtiges Abendessen gegeben“, antwortete Callus.

„Es ist ein guter Mensch“, sagte Lepidus; „man sagt, niemand gehe von ihm, ohne daß sein Anliegen bewilligt werde.“

„Vielleicht gestattet er mir auch, einen Sklaven für meinen Tischbehalter zu lösen“, fiel Callus lebhaft ein.

„Nicht möglich“, sagte Lepidus, „denn wer einem Römer eine Sklave gewährt, muß es immer auf Kosten eines anderen tun. Sei bescheiden, daß Liras mit jedem Lächeln auch hundert weinende Augen macht.“

„Lange lebe Liras!“ rief Panja, da er des Kaiser's Namen hörte, als er gebieterisch durch die Menge drang. „Er hat meinen Bruder eine Quälerei versprochen, weil er sein Vermögen durchgebracht hatte.“

„Und ich jetzt wieder durch das Volk zu bezeichnen wünscht“, mein Panja“, sagte Callus.

„Indem ihm ein langer Zug von Klienten folgte, die sich durch die Loge, welche sie trugen, von der übrigen Menge unterschieden (denn die Loge, einst das Zeichen des freien Bürgers, war damals das Zeichen der Abhängigkeit von einem Patron). „Armer Senex!“ sagte Lepidus, „er hat niemals Zeit, seinem Vergnügen nachzugehen. Ich danke dem Himmel, daß ich kein Hehl bin!“

„Ach, Gladius, core caput, wie geht es Dir? Nummer, wie immer?“ — fragte Lepidus, indem er sich der Gruppe anschloß.

„Stills Du der Fortuna opfern?“ — fragte Callus. „Ich opfere ihr jede Nacht“, erwiderte der Spieler.

„Dann weisste ich nicht. Niemand hat schon mehr Opfer dargebracht.“

„Belm Geschick!“ sprach Gladius, „das sind besternde Redensarten!“

„Du hast die Warnung vor dem Hunde immer im Munde“, sagte Lepidus erötter, „Du wachst immer hellen.“

„Ich mag wohl die Warnung vor dem Hunde im Munde haben, weil, wenn ich mit Dir wärste, ich immer die canes wärste“, erwiderte Callus.

„H!“ sagte Gladius, indem er eine Kose von einem in der Nähe stehenden Blumensüßholz nahm.

„Die Kose ist das Zeichen des Süßholzweizens“, bemerkte Callus, „doch wünsche ich, sie blies bei Fische zu sehen.“

„Hierbei ist mir ein“, fuhr er fort, „daß Dionysos in dieser Woche ein großes Fest gibt. Willst Du eingeladen, Gladius?“

„Ja, ich erziele heute Morgen die Einladung.“

„Und auch ich“, sagte Callus, „indem er ein viereckiges Glas Porphyr aus seinem Gürtel zog, „ich sehe, daß er uns eine Stunde früher, als es gebräuchlich ist, einladet; ein Zeichen, daß etwas Ungewöhnliches zu erwarten ist.“

das für ein lebhaftes Volk von leichtem Sinn so viele Reize hat. Die Häuser in Pompeji unterschieden sich durch ihre Anlage und Bauart von den bedeutend größeren Thermen in Rom; und es scheint in der Tat, daß in jeder Stadt des Reiches eine veränderte Einrichtung in der Architektur der öffentlichen Bäder stattgefunden habe. Dies betrafte sehr die Altertumsforscher — als ob Baumeister und Architekten schon vor dem neunzehnten Jahrhundert ihre besonderen Lagen gehabt hätten! Unsere Gesellschaft trat durch den Haupteingang in die Straße der Fortuna ein. Unter den Säulen sah der Aufseher der Bäder, mit zwei Büchsen vor sich, die eine für das Geld, das er einnahm, die andere für die Babelarten bestimmte. Längs der Wände des Säulenganges standen Wände, mit Personen aus allen Ständen besetzt; während andere nach den Vorschriften des Arztes auf und ab spazierten und dann und wann stehen blieben, um die vielen Ankündigungen über Ausstellungen, Kampfspiele und Verkäufe zu lesen, die auf die Wände geschrieben waren. Der allgemeine Gegenstand des Gesprächs jedoch war das in dem Amphitheater angeordnete Schauspiel, und jeder neue Ankündigung wurde gefragt, ob Pompeji so glücklich gewesen sei, einen Verbrecher zu liefern, etwa einen Räuber oder Mörder, der es dem Publikum möglich mache, ihn für den Schaden des Rades zu bestimmen. — Alle übrigen gewöhnlichen Gegenstände schienen gleichgültig und leer im Vergleich zu der Wichtigkeit dieses glücklichen Anfalls.

„Was mich betrifft“, sagte ein Mann von behaglichem Ansehen, der ein Goldschmied war, „so denke ich, der Kaiser hätte uns, wenn er wirklich so gut ist, als man uns sagt, einen Juden geschickt.“

„Warum nimmt man nicht einen von der neuen Sekte der Nazarener“, sagte ein Philosoph, „ich bin nicht grausam — aber Atheisten, die selbst Jupiter verleugnen, verdienen keine Gnade.“

„Ich bestimme mich nicht darum“, sagte der Juwelier, „an wie viele Götter jemand zu glauben beliebt, aber alle Götter zu leugnen, das ist etwas Schreckliches.“

„Doch ich glaube“, bemerkte Gladius, „daß diese Leute nicht gänzlich Atheisten sind. Man hat mir gesagt, sie seien nicht gänzlich Gottesleugner und glaubten selbst an ein künftiges Leben.“

„Das ist ein Mißverständnis, mein teurer Gladius“, sagte der Philosoph; „ich selbst habe mit ihnen gesprochen — sie lachten mir in das Gesicht, als ich von Pluto und dem Gades sprach.“

„O, Ihr Götter!“ rief der Goldschmied voller Entsetzen, „gibt es einige von diesen Verworfenen in Pompeji?“

„Ich weiß, daß es nur wenige sind — aber ihre Verworfungen sind so geheim, daß es unmöglich ist, sie zu entdecken.“

(Fortsetzung folgt.)

„Ich weiß, daß es nur wenige sind — aber ihre Verworfungen sind so geheim, daß es unmöglich ist, sie zu entdecken.“

Wanderverschiebung. Der Seine-Generalkommandant und die Berliner Stadtvorordneten-Versammlung haben geplant, zwei Abordnungen nach Deutschland zu entsenden, um die städtischen Schlachthäuser, so auch in Berlin und Dresden, zu besichtigen und die Wasserreinigungsmethode der größeren Städte Deutschlands zu studieren. In einer Versammlung des Pariser Stadtrates wurde am Dienstag beschlossen, im Hinblick auf die schwebenden diplomatischen Verhandlungen diese beiden Studienreisen vorläufig zu unterlassen, obwohl die Stadträte nicht den geringsten Zweifel an der Höflichkeit haben, mit der sie von den deutschen Behörden empfangen werden würden.

Das ist eine ganz überflüssige Vorkehrung. Nach **Freiherr v. Sombart**, dem Wahlkreisleiter Liebermanns, will sich sehr der antimilitärische Abgeordnete **Lattmann** retten, weil er Angst hat, in Rassel-Melungen von den Sozialdemokraten an die Luft gesetzt zu werden.

Eine Anstrengung für Unfallverhütung im Baugewerbe ist von der Bauarbeiterkommission in Stuttgart auf Beschluß einer früheren allgemeinen Bauarbeiterversammlung mit Unterstützung der königlichen Zentralstelle für Gewerbe und Handel im Landesgewerbemuseum in Stuttgart dauernd errichtet worden.

Die Ausstellung umfaßt fünf Modellbauten, an welchen die verschiedenartigsten Verulkonstruktions für Hochbau, Kassenarbeiten, Tiefbau, sowie eine Raubkude mit Unterkunfts-, Sanitäts- und Geschirrraum und eine Abortanlage vorgeführt werden. Sie veranschaulicht in übersichtlicher Weise die praktische Durchführung der von den Bauarbeitern geforderten Schutzmaßnahmen, wie auch die hinsichtlich der Forderungen derselben und ist daher in hohem Maße geeignet, zu einer weiteren Förderung des Bauarbeitersehens in Württemberg beizutragen.

Wo das Zentrum herrscht... Aus München wird dem „Berliner Tageblatt“ gemeldet: Die Kreisregierung streicht aus dem Veranschlag die für ein Kreisratsmitglied emporgehenden 22 000 Mk., die von dem gemeindlichen Kollegen empfangen werden, da diese Einkünfte einem dem Staat zum Nachteil geltenden Heberavanz (11) über die Grenzen des gemeindlichen Wirtschaftskreises darstelle.

Ein Selbstmordkandidat. Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete **Herrmann** erklärt in der „Nationalliberalen Korrespondenz“ eine Erklärung zu den sozialdemokratischen Stichwahlbedingungen, in der er schreibt:

Wir müssen es... als eine Forderung der politischen Sittlichkeit wie der persönlichen Würde betrachten, daß die Kandidaten, welche um das Vertrauen der Wähler werben, es grundsätzlich von sich weisen, anderen Parteien gegenüber schriftliche oder mündliche Abmachungen einzugehen oder sich nur auf Verhandlungen in dieser Hinsicht einzulassen.

Herr Fuhrmann hat im Januar 1907 den Konservativen den Kreis Stendal-Osterburg abgenommen. Er verdankt dieses Ergebnis sozialdemokratischer Hilfe. Es waren nämlich im ersten Wahlgang abgegeben für den Konservativen 9788 Stimmen, für den Nationalliberalen, eben Herrn Fuhrmann, 7359 Stimmen, für den Sozialdemokraten 5803 Stimmen. In der Stichwahl brachte es Herr Fuhrmann dann auf 12 955 Stimmen, sein konservativer Gegner nur auf 9910 Stimmen. So war es damals gelungen, den Konservativen einen Sitz zu entreißen, den sie seit 1867 mit einer einzigen kurzen Unterbrechung innegehabt hatten.

Diesmal will sich Herr Fuhrmann nicht wieder helfen lassen, er fände das „unter seiner Würde“. Die Charaktergröße des Stendaler liberalen Kandidaten bedeutet für die Marxkonserwativen einen Mandatsgewinn und für Herrn Fuhrmann den tödlichen Abschied.

Deutschenglischer Austausch von Höflichkeit durch die Luft. Die Berliner Abendblätter melden: Der Lordmayor von London überlieferte dem Oberbürgermeister von Berlin durch die Luftpost die herzlichsten Grüße und Wünsche für das Gedeihen Berlins. Der Oberbürgermeister sprach dem Lordmayor namens Berlin in einem Antwortschreiben seinen aufrichtigsten Dank aus.

Die „Post“ bleibt Organ der Freikonservativen. Die müße Kriegsheterie und die Anrempelung des Kaisers haben die Stellung der „Post“ als Parteiorgan der Freikonservativen und der Reichspartei nicht zu erschüttern vermocht. In der Spitze der Nummer vom 20. September verkündet das Blatt in Fettdruck:

Die „Post“ und die Freikonservative und Reichspartei. Die „Post“ vertritt auch nach ihrem Uebergang in den Besitz der jetzigen Eigentümer im allgemeinen die Anschauungen der Freikonservativen und Reichspartei, ist aber nicht gebunden, für jede Stellungnahme der Partei einzutreten. Diese ist andererseits für die Artikel der „Post“ auch nur insoweit verantwortlich, als Ansprüche und Notizen als solche gekennzeichnet sind, für die sie die Verantwortung trägt. Nach gegenseitiger Aufklärung über die bekannten Vorfälle haben weder die Partei noch die Besitzer der „Post“ Anlaß, dieses Verhältnis zu ändern. Die „Post“ wird abgeändert und angeordnet wie ein gewöhnlicher Mietsling. Es kommt nie auf die Meinung ihrer Redakteure an, sondern nur auf die — „Eigentümer“!

Ausland.

Die Zustände in Spanien.

Ministerpräsident Canalejas erklärte, die Aufhebung der konstitutionellen Garantien sei angesichts des revolutionären, anarchischen Charakters der Auslandsbewegung beschlossen worden. Diese werde unterstützt durch die Anarchisten und den republikanischen Teil der äußersten Linken und folge den Weflungen eines aus Spaniern und Ausländern zusammengesetzten Ausschusses, der in Barcelona seinen Sitz habe und Agenten über die ganze Weltinsel beredete, die den Generalstreik vorzubereiten beauftragt seien. Die Regierung werde alle Versammlungen verbieten; die Militärbehörden würden die Gewalt nur im äußersten Falle übernehmen. Die Regierung glaube, der proklamierte Generalstreik werde nicht zustandekommen, sie sei entschlossen, die Ordnung um jeden Preis wiederherzustellen.

In Madrid sind 300 Personen verhaftet worden, darunter der Vizepräsident des allgemeinen Arbeiterverbandes. Der Verleht ist normal. Die Fabriken, Geschäftshäuser, Klöster und öffentlichen Gebäude werden von Truppen bewacht. Die letzten Meldungen aus der Provinz besagen, daß in Barcelona, Bilbao, Sevilla, Saragoña und Valencia Ruhe herrscht, doch dauern die Verhaftungen überall fort. Der Streik findet in Guelsa Widerstand. Aus mehreren Gemeinden in den Provinzen

Victoria und Valencia werden Unruhen gemeldet. In einem Teil der Bevölkerung von Jaltba und Caragente zeigt sich eine neue revolutionäre Bewegung. Öffentliche Gebäude werden in Brand gesetzt und Schienenwege zerstört.

Das Attentat auf Stolypin — eine Vollzeitalt?

Der Vater des Kiewer Attentäters Bagrow wollte kurzzeit des Attentates in Wiesbaden zur Kur und hält sich gegenwärtig in Verim auf. Ein Mitarbeiter des „Berl. Tagbl.“ suchte ihn am Dienstag im Hotel auf. Der alte Bagrow äußerte sich über die Tat seines Sohnes Dimitri in folgender Weise:

„Die Polizei, nur die Polizei kann ihn dazu getrieben haben. Wir, seine Angehörigen, haben nichts von seinem Plan gewußt. Niemals hat er revolutionäre Ideen geäußert. Habe ich doch während der Erziehung Dimitris sorgfältig darauf geachtet, daß er nicht mit den jungen russischen Revolutionären zusammenkam. Als er in Paris und München studierte, hat seine Mutter ihn begleitet. Ich ließ ihn nicht nach Berlin, wo mein Vladimir — der ältere Sohn — studiert hat, da ich fürchte, der noch nicht zwanzigjährige könnte unter den hier weilenden russischen Studiengenossen Revolutionärem in sich aufnehmen. Das war vor vier Jahren. Seither hat Dimitri in Kiew gewohnt, seit zwei Jahren war er, trotz seiner Jugend, schon Gehilfe bei einem Rechtsanwalt. Er war arbeitsam und lernte ständig. Konnte ich ahnen, welche Pläne er hegte? Er kann nur ein Opfer der Vollzeitalt geworden sein. Vollzeitalt müssen ihn zur Tat veranlassen, müssen ihm den Revolver in die Hand gedrückt haben.“

Es wird besser sein, der alte Bagrow fehrt nicht nach Kiew zurück, sonst wird er für diele Essenherzigkeit bitter büßen.

Ueber die Feuerungsrevollen in Wien sprach sich der fachen von Berlin nach Wien zurückgekehrte christlich-soziale Bürgermeister Dr. Reumayer gegenüber Vertreter der Wiener Presse folgendermaßen aus:

Wenn ich oben kein wuß, so muß ich sagen, daß es nach meiner Ueberzeugung möglich gewesen wäre, die Demonstration mit ihren bösen Folgen hintanzuhalten, wenn für die Zeit vom August bis Oktober, in der jedes Jahr seit Jahrzehnten eine Fleischverknappung eintritt, wegen mangelnder Zufuhren für die genügende Versorgung mit Fleisch die richtige Vorjorge getroffen worden wäre. Was in den Jahren 1909 und 1910 als möglich erkannt wurde, nämlich die Einfuhr von Fleisch in genügender Menge, das hätte wohl auch 1911 geschehen können. Am meisten böses Blut hat es jedoch gemacht, daß man die 500 bis 600 Tonnen Fleisch, die schon in Trieste lagerten, wieder wegschleppen mußte. Das war jedenfalls nicht klug. Es wäre nach meiner Meinung der Einfuhr dieses Fleischquantums nichts im Wege gestanden, und ich berufe mich dabei auf die Bestimmungen des Zoll- und Handelsvertrages mit Ungarn vom Jahre 1867 und auf die Durchführungsvorordnung vom gleichen Jahre. Nach diesen Bestimmungen hätte man ohne weiteres das in Trieste lagernde Fleisch nach Wien bringen können. Gelohnt wäre dadurch der Fleischnot und Fleischverknappung nicht gründlich abgeholfen worden, aber es wäre doch etwas geschehen. Das argentinische Fleisch ist ein billiges Nahrungsmittel und wenn man dies an jene Volks-schichten abgegeben hätte, die darauf reflektieren, so wäre gewiß eine Entlastung des Fleischmarktes eingetreten. Das ist meine unabweisliche Ueberzeugung, welcher ich auch Ausdruck gegeben habe in dem Memorandum, das ich dem Herrn Ministerpräsidenten überreichen ließ. Es ist das natürlich kein Grund, sich im allgemeinen gegen Ungarn zu wenden, denn nur die ungarischen Großagrarien sind es, welche von ihren Vätern auf den Weg gebracht wurden, Oesterreich bei Einfuhr zu verweigern. Dem Gemeinderat muß natürlich bei seinem Wiederzusammentritt ein genauer Bericht über die Geschehnisse in Wien vorgelegt werden.

In den Tumultuanten läßt man mit einer Schnelligkeit zufließen, die man den Behörden in Bezug auf die Maßnahmen gegen die zunehmende Not des Volkes empfehlen möchte. Am Dienstag begannen bereits vor dem Bezirksgericht in Wien die ersten Verhandlungen gegen eine Anzahl der Sonntag und Montag wegen Sachbeschädigung verhafteten Personen, unter denen sich auch der sechzehnjährige Hilfsarbeiter Kulle aus Berlin befindet. Ein Urteil lautete auf drei Wochen Arrest wegen Verschlagens von Zentimeterbein.

Im Niederösterreichischen Landtag, der zu einer kurzen Session zusammentrat, fanden die Ereignisse des letzten Sonntags regen Widerhall. Namens der christlich-sozialen Mehrheit brachte Steiner einen Dringlichkeitsantrag ein, nach welchem der durch die Ausschreitungen verursachte Schaden mittels eines staatlichen Notstandskredits vergütet werden sollte. Steiner griff die sozialdemokratische Partei an, die hinter den Ereignissen des Sonntags stünde. Im weiteren Verlaufe der Debatte protestierte Genosse Schumacher gegen die Steiner'sche Behauptung und erklärte, kein Sozialdemokrat würde Schulen an und baue Barrikaden. Das seien Ausschreitungen halbwüchsiger Bur-schen gewesen. Der neue Statthalter, Freiherr v. Wienert, meinte die Behauptung des Antragstellers, daß die Regierung die Ausschreitungen benutzen wolle, um politische Zwecke zu verfolgen, als unzulässig und unbegründet zurück, und erklärte weiter, Militär und Wache hätten, ohne zu weit zu gehen, das Menschenmögliche getan. Daß es in Osterreich zu solchen Ausschreitungen kommen werde, sei nicht vorauszu-sehen gewesen. Fernerfalls seien solche Ausschreitungen das Mittel, die Feuerungsfrage zu lösen oder die Regierung aufzurütteln, die alles tun werde, um helfen einzugreifen.

Nach einer telegraphischen Meldung aus Kiew hat der Zar an den Generalgouverneur von Kiew, Generaladjutanten Trepow, ein Reskript gerichtet, in dem es heißt: „Der uns während uneres Ausenbaltens in der alten Residenzstadt Kiew sowie in den anderen von uns aufgesuchten Ortschaften des Südwestrussesland zu den gewordene herzliche Empfang seitens sämtlicher Schichten der Gesellschaft hat mich und die Kaiserin tief gerührt. Unsere freundliche, helle Stimmung ist verdüffert worden durch den in meiner Gegenwart verübten ruflosen Anschlag auf meinen treuen Diener und den mülligen Ermöller seiner Pflicht, den Ministerpräsidenten Stolypin. Die uns von allen Seiten zuehenden Teufherzmaen aufrichtiger Entrüstung über das verübte Verbrechen überzeugen uns jedoch, daß die gesamte wohlhabende Bevölkerung Kiews sowie der anderen von uns aufgesuchten Ortschaften, die von dem einen Wunde befeht ist, ihren Monarchen feierlich zu begrüßen, die Gesühle hinnerwollen Entloßens mit uns teilt.“

Inzwischen mehrten sich die Stimmen, die das Attentat auf Anspornung durch die Czarina (politische Polizei) zurückzuführen.

Fraser'schheit. Der „Kreuzzeitung“, dem leitenden Organ der konservativen Partei, ist es nicht genug, daß die preussische Regierung gelegentlich fremde Journalisten als „fremde Ausländer“ anweist, mit edler Dreistigkeit verlangt sie das gleiche auch von der schweizerischen Regierung. Wer als Ausländer in der Schweiz etwas gegen die deutsche Politik schreibt, muß den Staub von seinen Pantoffeln schütteln. Man lese, was am Dienstag abend in der „Kreuzzeitung“ in auffälligem Druck zu finden ist:

„In der „Gazette de Lausanne“ ist unter dem Titel „Le Kuchhandel“ Maroccan“ ein unverschämter M. M. (Maurice Muret) gezeichnete Artikel veröffentlicht, der wie die Mehrzahl der in der Schweiz in französischer Sprache erscheinenden Blätter sich erlaubt, in unflätigster Weise über die deutsche Politik zu ränzonieren und dabei eine höhnische Vermerfung über unsern Kaiser zu machen. Nun haben wir in der Schweiz ja einen Gesandten und es scheint uns zu seinen Aufgaben zu gehören, die Haupter diese neutralen Staates darauf aufmerksam zu machen, daß die Gastfreundschaft, die er französischen Literaten gewährt, nicht zur Beschimpfung des deutschen Nachbarn und zur Verunahmpfung seines Herrscherhauses und seiner Politik mißbraucht werden darf.“

Möchte die „Kreuzzeitung“ nicht lieber gleich ein ganzes deutsches Armeekorps über die Schweizer Grenze schicken, das diesem „wilden“ Lande echt preussische Ration beizubringen hätte?

Die angeblichen Rüstungen in Belgien. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: Die durch die Blätter gegangenen Gerüchte über einseitige militärische Vorkehrungen Belgiens stellen sich als unbegründet heraus. Es ist richtig, daß die belgische Heeresverwaltung Anordnungen im Festungswesen getroffen hat. Es handelt sich aber nur um Maßregeln, wie sie in der Verwaltung der Festungen regelmäßig wiederkehren. Auch in denen der Schwäche der militärischen Cadres in gewissen Fällen die Zurückbehaltung von Mannschaften unter der Fahne verfügt worden. Diese Anordnungen wurden aber, wie hier amtlich zur Kenntnis gelangt, in gleicher Weise für alle belgischen Grenzgebiete ins Werk gesetzt. Als unrichtig wird auch die Behauptung erklärt, daß die Gesandten Belgiens in Berlin und Paris unguünstige Berichte über die politische Lage an ihre Regierung gesandt haben sollen. Soweit dies in den Meldungen aus Paris behauptet wird, scheinen Vorfällen manöver im Spiele gewesen zu sein.

Der Kampf gegen das Opium in China. Nach den neuesten Berichten ist das Ziel der völligen Beseitigung des Opiumerzeugnisses, dem die Regierung seit einer Reihe von Jahren mit anerkannter Beharrlichkeit zustrebt, fast völlig erreicht. In vielen Gegenden ist die Bevölkerung vom Nohnbau zur Anpflanzung der Baumwolle übergegangen und erzielt damit besten Erfolg. Die Ausfuhr von Baumwolle nach Russland und namentlich den Vereinigten Staaten hat sich im letzten Jahre verdreifacht und einen Wert von über 28 Millionen Tael (zu 6,40 Mark amtlich) erreicht. Dieser Erfolg, der durch die schlechte amerikanische Baumwollenernte von 1910 ermöglicht wurde, hat die Chinesen zu neuem Eifer angeleitet. Die Regierung begünstigt diese Entwicklung auf jede Weise. Sie hat strenge Verordnungen erlassen, um die gute Beschaffenheit der Baumwolle zu sichern und namentlich manche beliebten Betrügereien (Wässern oder Beiradung von Erde usw. zur Erhöhung des Gewichts) zu verhindern. Jedenfalls kann sie sich mit dieser Kulturarbeit, die einen gemeinschaftlichen Gewinn durch Kultur eines nützlichen Stoffes erzielt, neben der „zivilisierten“ deutschen Reichsregierung und ihrer Begünstigung der Schwaabserzeugung auf Kosten des Getreideverbrauchs sehen lassen.

Arbeiterbewegung.

Frieden in Erfurt? Bürgerliche Blätter melden aus Erfurt vom 20. September: Die hiesigen Arbeitgeber der Metallindustrie haben sich mit den ausgesperrten Streikenden geeinigt, sobald morgen in sämtlichen Betrieben die Arbeit aufgenommen wird. Nähere Nachrichten liegen noch nicht vor.

Gewerkschaftliches. Achtung Kupferschmiede! In der „Berliner Volkszeitung“ vom 20. September werden unorganisierte Kupferschmiede für einen Wochenlohn von 51 Mk. gesucht. Wie der Zentralvorstand des Kupferschmiede-Verbandes feststellen konnte, handelte es sich um das beschützte Arbeitswilligen-Vermittelungsbureau von Kagnarek. Die gesuchten Kupferschmiede sollen nach Breslau gesandt werden, wo die organisierten Kollegen schon seit Anfang August im Streik stehen. Dieser Hinweis dürfte genügen, keinen Kupferschmied zum Verräter an seinen Klassengenossen werden zu lassen.

Briefkasten

Sprechstunden der Redaktion Wochentags nur v. 12—1 Uhr Mittag.

Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt. **Strasporto** müßten wir wieder bezahlen für Briefe aus Deuthen und Lagnitz. Wir machen unsere Korrespondenten darauf aufmerksam, daß ungenügend frankierte Briefe von unserem Boten an Posthalter nicht in Empfang genommen werden. Sie können also bestenfalls mit einer Verzögerung von mehreren Stunden in unsere Hände, falls wir nicht die Unannehmlichkeit überhaupt verweigern.

M. Doppin. Wir halten in diesem Falle den Lehrer für entschuldigungspflichtig. Ehe Sie aber beim Amtsgericht klagen, wenden Sie sich zuerst an die Schulverwaltung.

A. R., Rawodzie. 1. Ihre Frau muß die Scheide bezahlen; das Gericht würde sie dazu verurteilen. 2. Ja. 3. Nein, bestrafen Sie sich.

P., Ströbel. Verzieht die „Herrschaft“ in einen Ort, der mehr als sechs Meilen vom alten Wohnort entfernt ist, so kann das Verzeihen den Dienst verlassen, wenn die „Herrschaft“ sich nicht verpflichtet, es nach Ablauf der Dienstzeit kostenfrei zurückzuschicken. Da die Entfernung hier nicht sechs Meilen beträgt, muß das Mädchen im Dienste bleiben.


Al., Kranich. Sie müssen uns angeben, um welche Schreidmter es sich handelt; dann erst können wir Ihnen das Nütze lagern.

B. Sch. Kehren Sie wieder nach Deutschland zurück, so müssen Sie weiterleben.

R. 2. 100, Siegmund. Der Wirt muß der Frau den Schaden ersetzen; die Frau hat nichts zu zahlen.

Verantwortlicher Redakteur: Emil Hasold in Breslau; für den Wochentags-Teil: Paul Zupfer in Balzenburg. — Redaktion und Expedition: Neue Straßenstraße 7, Verlag von Oskar Schöde, Druck von Th. Schöde & Co. in Breslau. 100

MAGGI'S Suppen sind die besten und wohlschmeckendsten! Jede Sorte hat ihren natürlichen Eigengeschmack. Man verlange ausdrücklich MAGGI'S Suppen. Mehr als 30 Sorten.



Wer Schnaps trinkt

zahlt freiwillig Steuern,
fällt Junterfädel,
ruiniert seinen Körper,
zerstört seine Familie,
verblödet seine Nachkommen,
hilft Irrenhäuser füllen.

Arbeiter, meidet den Teufelstrank!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 21. September.

Geschichtskalender.

22. September.

1792 Proklamtion der französischen Republik.
1826 Der Dichter Johann Peter Hebel f.

Vertrieb von Lebensmitteln durch die Gemeinden.

Die Sozialdemokratie fordert, daß die wichtigsten nützlichsten Lebensmittel von den Stadtverwaltungen im Großen angekauft und zu Selbstkostenpreisen an die Bevölkerung abgegeben werden sollen. Eine Resolution, die sich in diesem Sinne ausdrückt, wurde am letzten Montag nach ausführlicher Begründung durch Genossen Bernstein von der Schneberger Stadtverordneten-Versammlung dem Magistrat zur Veranschlagung überwiesen. Die Stadt Schneberg will jedoch nicht selbständig vorgehen, sondern ein gemeinsames Vorgehen sämtlicher Groß-Berliner Gemeindeverwaltungen einleiten und die Führung dem Berliner Magistrat überlassen. Die Gemeinde Wilmersdorf hat sich dem Schneberger Vorgehen angeschlossen. Nitzdorf und andere Kommunen folgen. Nächstens soll eine Konferenz sämtlicher Groß-Berliner Gemeindevertreter stattfinden, in der die Grundzüge des einzuleitenden Vorgehens festgelegt werden sollen. Das ist immerhin ein Anfang.

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten Breslaus haben, wie wir bereits mitteilten, am Montag in einem Feuerungsantrage unter anderem auch verlangt, daß der Magistrat einen eigenen Verkauf von Fleisch und Kartoffeln durch den städtischen Verkaufsbemittler einrichtet. Hoffentlich werden wir hier nicht dasselbe Spiel wie bei der Kreis-Losen-Unterstützung, wo das Reich seine Pflicht auf die Gemeinden abwälzt, und die Gemeinden erklären, daß die Staaten und das Reich für die hungernden Arbeiter sorgen sollen. Die Not ist überall bis zur Verzweiflung geistigen, und die Sozialdemokraten werden allerorten ihre Schuldigkeit tun. Geschieht aber trotzdem nichts, dann müssen sie die Verantwortung für das Kommende ihren Gegnern überlassen.

Ersatzklassen oder Zuschußklassen.

Aus dem Kreise der Hilfsklassenmitglieder wird uns geschrieben: Die Einführung der Reichsversicherungsordnung rückt immer näher heran. Die Hilfsklassen, die dem § 75

des Krankenversicherungsgesetzes entsprechen, sind sich noch nicht klar darüber, welche Stellung sie einzunehmen haben, ob sie Ersatzklassen oder Zuschußklassen werden sollen. Die über 1600 Mitglieder zählenden Klassen möchten ja gern Ersatzklassen werden; doch ist das ohne eine bedeutende Erhöhung der Beiträge nicht durchführbar, weil jetzt von den Aufsichtsbehörden ein besonders starker Druck auf die Hilfsklassen wegen der Rücklagen zum Reservefonds (1/10 der Jahresausgaben) ausgeübt wird. Die Zuführungen zum Reservefonds sind bei 26 wöchentlichem Unterhaltungsbeitrag mit Geld, Arzt und Arznei kaum möglich, da die Mitglieder immer mehr Anforderungen an die Klassen stellen. Wenn nun noch, was ja berechtigt ist, die Wöchnerinnenunterstützung hinzukommt, auch das Alter und der Gesundheitszustand bei der Aufnahme neuer Mitglieder nicht mehr zu beachten ist, so kommt man zu dem Schlusse: Ist es den Klassen überhaupt möglich, auch bei 20 bis 30 Prozent Beitragserhöhung lebensfähig zu bleiben?

Ein Lichtblick wäre nur das massenhafte Eintreten von Dienstboten in die freien Klassen, wo sie auch nach der Verheiratung bleiben dürfen. Nun fällt den Mitgliedern, die meistens den ärmsten Schichten der Bevölkerung angehören, das Zahlen der Beiträge sehr schwer, denn sie müssen sie ganz aus eigener Tasche bezahlen, was in den Ortsklassen nicht der Fall ist. Dort werden bekanntlich Sonnabends die Beiträge vom Lohne abgezogen. Das ist nicht so fühlbar, als wenn die Beiträge monatlich oder wie in manchen Klassen gar vierteljährlich vom Mitgliede gezahlt werden. Auch die Apotheker und die Klassenärzte hätten bedeutende Mindereinnahmen, wenn die freien Klassen in Zuschußklassen umgewandelt werden. Wenn sich auch das Krankengeld erhöhte, so würden die Mitglieder doch nur in den alternativen Fällen den Arzt und die Apotheke aufsuchen, da sie eben beides aus der eigenen Tasche bezahlen müßten.

Wir sehen also auch hier, daß die Reichsversicherungsordnung für Hunderttausende kein Segen ist. Es wird ja auch im Vorschlagsentwurf über die Aufhebung des Hilfsklassengesetzes angegeben, es sei nicht zu verkennen, daß die Hilfsklassen eine einwandfreie segensreiche Tätigkeit entfaltet haben. Und doch werden sie langsam erdrückt. Was sagen dazu die vielen selbständigen Mitglieder, die keine Ortsklasse aufnehmen, und die tausende armer alter Frauen und Witwen. Diese Vermissten werden sehr hart getroffen. Sie können die erhöhten Beiträge nicht leisten und müßten den größten Teil des Krankengeldes für Arzt und Arznei aufwenden. Es ist also eine recht schwierige Aufgabe, den Mitgliedern gerecht zu werden. Und an allem ist nur der schwarze Fleck der Konservativen und Zentrumskräfte schuld, der aus politischen Gründen danach trachtet, die selbständigen freien Hilfsklassen, die ihm ein Dorn im Auge sind, zu vernichten.

Unfall-Stationen.

Bei Unfällen auf Straßen und Plätzen, auf Baue- und in Fabriken hat es sich leider oft genug gezeigt, daß die Hilfe recht lange auf sich warten ließ. Schon manches Menschenleben hätte erhalten werden können, wenn die nötige Hilfe bald zur Stelle gewesen wäre. Wir haben in Breslau eine ganze Reihe von Unfallstationen, die aber noch immer zu wenig bekannt sind. Wir teilen deshalb ihre Adressen wiederholt mit und empfehlen unseren Lesern, sie auszusuchen, damit sie ihnen stets zur Hand sind:

1. Tages- und Nachtdienst:

- Chirurgische Klinik, Biergartenstraße 6a.
Frauenklinik, Markstraße 3.
Medizinische Klinik.
Kaiserlich-hospital, Am der Barbarakirche 27.
Diagnostischen-Anstalt Bethanien, Klosterstraße 114.

- Israelitische Krankenverpflegung-Anstalt, Hohenzollernstraße 66.
Städtische Heilanstalt für Nerven- und Gemütskranke, Einbaumstraße 23/25.
Kloster der Barmherzigen Brüder, Klosterstraße 57/59.
Krankenhaus der Elisabethinerinnen, Gräblichenerstraße Nr. 105/109.
Unfallstation vom „Roten Kreuz“, Carlstraße 45 (Eingang Dorohingasse).
Unfallstationen der Feuerwehr:
Hauptfeuerwache, Weidenstraße 14.
Feuerwache, Ebingstraße 19.
Feuerwache, Gabisstraße 52/54.
Feuerwache, Leuthenstraße 63/65.
Feuerwache, Sienersstraße 40/42.

Wenzel Handliches Krankenhaus, Meudorfstraße 119/120,
Augusta-Hospital, Blücherstraße 24,
Diagnostischen-Krankenhaus Bethesda, Gustav-Freitagstr. 5/7
St. Georgskrankenhaus, Wehlgasse 22/28.

Samaritaner-Fahrräder der Feuerwehr stehen auf allen Feuerwachen bereit; sie können telephonisch durch die Hauptfeuerwache (Telephon-Nr. 347) erreicht werden.

Bei den Wahlmännernwahlen

Montag, den 6. November, hat die sozialdemokratische Partei nicht 59, sondern 62 Mandate zu verteidigen; davon kommen auf die erste Abteilung 4, auf die zweite 11 und auf die dritte 47. Ausgeschieden als sozialdemokratische Wahlmänner sind in der

- 1. Abteilung: Schlosser Max Weinert, Schmied Richard Hermann, Arbeiter August Wolf, Arbeiter August Urban.
2. Abteilung: Schneider F. Kresse, Tischler Gustav Baite, Schneider R. Wolf, Schlosser R. G. G. G., Maurer G. Reichall, Schmied Johannes Heide, Schmied Gustav Klose, Schlosser D. Eured, Zimmerer Wilhelm Goldschmidt, Geiger G. Kretschmer, Tischler Paul Schubert.
3. Abteilung: Schuhmacher G. Walter, Schneider G. Weich, Arbeiter D. Zekarek, Buchbinder W. Scholz, Haushälter Fr. Lang, Arbeiter W. Komjelt, Arbeiter G. Schröter, Zimmerer G. Kornecki, Knopfmacher G. Witzke, Maurer W. Ulrich, Lackierer H. Dellmann, Buchbinder H. Gaertel, Tischler Fr. Golanowski, Maurer G. Schlingo, Tischlermeister W. Heberle, Zeitungsträger M. Krüger, Hagarrenarbeiter D. Valentin, Hilfsarbeiter D. Konrad, Tischler Johann Thurb, Einzelarbeiter Dr. Heierlag, Arbeiter D. Reball, Tischlermeister Robert Kuche, Tischlermeister D. Rehner, Tischlermeister J. Heide, Tischler Fr. Bohl, Tischlermeister F. Schlag, Tischler Julius Heide, Arbeitermacher P. Schlag, Tischler Julius Heide, Tischlermeister R. Hartmann, Gutarbeiter G. Sperlich, Tischler H. Sammel, Tischler G. Hofog, Schlosser H. Bödner, Maurer F. Gottwald, Gutarbeiter K. Kirich, Schlosser Julius Richter, Eisenhobler R. Nowarra, Maurer G. Rendzia, Dreher D. Hoffmann, Schmied R. Wiedner, Zigarren-Sortierer R. Göbel, Tischler R. Ueber, Schmied W. Heide, Schlosser R. Großprietich, Eisenhobler R. Schödel, Dreher A. Böhm, Schlosser M. Winkler, Holzgenosse R. Freier.

Für alle diese Genossen, die nicht mehr als Wahlmänner gelten, sind am 6. November Neuwahlen vorzunehmen. Darüber hinaus wird sich die sozialdemokratische Partei auch in vielen von den 140 Bezirken an der Wahlmännerwahl beteiligen, wo liberale oder kirchlich-konservative Wahlmänner ebenfalls durch Tod, Verzug usw. ausgeschieden sind.

* Feuerungszulagen an städtische Arbeiter. Aus Dresden wird berichtet, daß der Rat der Stadt beschlossen hat, den städtischen Arbeitern wegen der Lebensmittelerhöhung vom 1. Oktober an Mietzuschüsse zu zahlen, die nach der Zahl der Kinder abgestuft werden.

Swante Arrhenius.

Von Felix Dink.

Am 3. September ist ein Mann vor eine breitere deutsche Leserschaft getreten, dessen Name in ihr zwar nicht ganz unbekannt, aber dennoch nicht auffallend genannt ist, nämlich der schwedische Naturforscher Swante August Arrhenius. In der Wissenschaft hat dieser Name bereits seit Jahrzehnten den besten und edelsten Klang; auf wissenschaftlichen ist kein Träger eine wohlbekanntere und gern gesehene Persönlichkeit. Aber auch die Tagespresse hat sich besonders in den letzten Jahren mit Arrhenius des Älteren beschäftigt. Anlaß dazu gaben seine Arbeiten auf kosmologischen Gebiete, mit denen er sich an ein breiteres Publikum wandte.

Arrhenius' wissenschaftlicher Ruf gründet sich eigentlich nicht auf diesen Arbeiten, ich glaube aber, nur bis jetzt noch nicht. Wir können sie so bedauern, daß sie seine früheren großen Leistungen auf dem Gebiete der physikalischen Chemie weit übertreffen. Wenn sich Arrhenius bisher auf dem ersten wissenschaftlichen Kongreß in Hamburg im September dieses Jahres dem deutschen Publikum vorstellte, so wird es erwünscht sein, diesen seltenen Mann und seine Arbeit zu kennen, ganz gleichgültig, wie man zu den Bestrebungen des Monistenbundes stehen mag!

Arrhenius' Wiege stand auf Schloß Wät in der Nähe von Upsala in Schweden, wo der Vater Guisverpaler war; das Geburtsdatum ist der 19. Februar 1859. Der Knabe besuchte die Schulen in Upsala und war dort der beste Schüler in Mathematik und Naturwissenschaften. Er studierte in Upsala zuerst Chemie, wendete sich aber seit 1881 mehr der Physik und promovierte in Stockholm mit einer hochbedeutenden Arbeit: „Untersuchungen über die galvanische Leistungsfähigkeit der Elektrolyten“, die seinen wissenschaftlichen Ruf begründete. Unter Elektrolyten versteht man alle die Gemische zusammengesetzter Körper, welche durch den elektrischen Strom zerlegt werden. Arrhenius versuchte nun in seiner Doktorarbeit, die hauptsächlichsten chemischen Eigenschaften der Elektrolyten aus ihrer Leitfähigkeit für den elektrischen Strom zu berechnen. Diese Arbeit und die nachfolgenden auch gemeinsam mit Wilhelm Ostwald in Riga ausgeführten, waren alle damals geltenden chemischen Anschauungen demachen über den Aufbau, daß sich namentlich die alten Chemiker mit Händen und Füßen dagegen sträubten. Die Schwierigkeiten, welche sich deshalb der Habilitation Arrhenius in Upsala entgegenstellten, wurden jedoch unter tröstlicher Hilfe des damals schon berühmten jungen Ostwald, beiläufig und man begann, sich mit der neuen Ideen zu befreunden. In der

Kolleg nahmen dann die Entdeckungen des jüngst in Berlin verstorbenen berühmten Physiko-Chemikers van 't Hoff auf Arrhenius erheblichen Einfluß und nun wurde durch letzteren in einer Vorlesung über die Dissoziation der in Wasser gelösten Stoffe die Theorie der elektrolytischen Dissoziation begründet, nach welcher die Säuren, Basen und Salze in wässriger Lösung mehr oder weniger in Ionen zerfallen sind. Diese Idee erwies sich als einer der fruchtbarsten Gedanken und regte eine gewaltige Fülle neuer Arbeiten an.

Arrhenius war längst nicht mehr der einzige, der auf diesem neuen und ebenem ganz neuen Gebiete arbeitete. Dennoch wurden die neuen Theorien durchaus noch nicht allseitig anerkannt. Namentlich die englischen und französischen Chemiker verhielten sich sehr ablehnend. Die Engländer beabsichtigten sogar, auf der Verammlung der British Association in Leeds im Jahre 1890 die neue Richtung endgültig wissenschaftlich totzuschlagen, mußten sich jedoch nach den Reklamen der Hauptvertreter Arrhenius, van 't Hoff und Ostwald, die durch den jungen William Ramsay kräftig unterstützt wurden, mit dem Gedanken abfinden, daß sie die Geschlagenen waren, und daß nun auch dort auf konservativem Boden die neuen Gedanken Wurzel schlagen und fruchtbar wurden. Die große Zahl der glänzenden Arbeiten Arrhenius' und die günstigen Verhältnisse jener Zeit ließen die neuen Anschauungen schnell durchdringen und begründeten eine große Schule begeisterter Anhänger.

Arrhenius' wissenschaftlicher Ruf war auf diese Weise sehr schnell zur Weltbekanntheit geworden, sobald die Universität Gießen, durch die eine hervorragende Mannstärke der chemischen Wissenschaft, den erst 32-jährigen als Ordinarius berief. Arrhenius schlug diese ehrenvolle Berufung aus, um in der Heimat bleiben zu können, obwohl er in Stockholm an der neu gegründeten Hochschule als Lehrer der Physik eine so angenehme Stellung inne hatte. Bald aber wurde diese Stellung in eine ordentliche Professur umgewandelt und Arrhenius mehrmals zum Rektor seiner Hochschule erwählt. Wie es mit van 't Hoff geschehen war, wollte man 1905 auch Arrhenius als Akademiker nach Berlin ziehen und das wäre wohl auch gelungen, wenn nicht die Verwaltung der Nobelstiftung eingegriffen hätte. Sie richtete Arrhenius ein nach seinen Wünschen erbautes physikalisches Institut ein und übergab ihm die Leitung desselben.

Die späteren Arbeiten unseres Forschers bewegten sich auch auf rein physikalischen und meteorologischen Gebiete. Sein schönes „Lehrbuch der kosmischen Physik“ ist eine Frucht seiner Studien. Auch in der Serumtherapie und den verwandten Gebieten hat er gearbeitet; nirgends sind seine Arbeiten jedoch so befruchtet worden wie hier. Ich kann nicht entscheiden, wie weit hier die Gegner im Rechte sind, doch möchte mir scheinen, daß Arrhenius nur in eine Fehde getreten hat, die den Auto-

ritäten auf dem Gebiete deshalb so unangenehm ist, wie gerade bei den Medizinern die Kenntnisse in der Chemie manches und in der Physik alles zu wünschen übrig lassen. Jedenfalls spricht z. B. Ehrlich in seinem Buche über Krebsforschung nur in höchstem Maße von seinem verehrten Freunde Arrhenius.

Reuendings greifen die Arbeiten von Arrhenius auch vielfach in das atmosphärische Gebiet über. Dem naturwissenschaftlich gebildeten und interessierten Publikum sind die Anschauungen unseres Forschers durch zwei glänzende Werke bekannt geworden, in denen er ganz neue Ansichten über das Entstehen und Vergehen im Weltall entwickelt hat: „Das Werden der Welt“ betitelt. Von ihnen sagt Wilhelm Ostwald treffend: „Dieses Werk wird vermutlich das bleiben, aus welchem sich die weiteren Kreise der Wissenschaftsgenossen und der an der Wissenschaft Interessierten ihre Anschauungen von dem wissenschaftlichen Habitus unseres Forschers bilden werden und man wird wohl wohl sagen dürfen, daß dieses Bild ziemlich richtig sein wird. Die hervorzuheben Züge in Arrhenius' ganzer wissenschaftlicher Laufbahn, die Unabhängigkeit und erstaunliche Freiheit des Denkens, sowie die Fähigkeit, weit auseinander liegende Tatsachen unter gemeinsamen Gesichtspunkten zu schauen, verbunden mit der ausgezeichneten Einfachheit und umfassenden Verschaffenheit der Ergebnisse, die den Meister ersten Ranges kennzeichnen, treten in diesem in glücklicher Zeit geschriebenen Werke so klar und eindringlich in die Erscheinung, daß es auch dem Laien nicht schwer fällt, die charakteristischen Züge dieser wissenschaftlichen Persönlichkeit zu erfassen.“ (Schluß folgt.)

Breslauer Schauspielhaus.

„Das Musikantenmädchen“ von G. Jarno.

Am Mittwoch wurde die Zwillingsschwester der „Hörstern Christi“ mit teilweise anderer Besetzung gegeben. Man wird nicht behaupten können, daß das Stück in der Zwischenzeit besser geworden ist; auch die Musik hat unterdessen nicht gewonnen. Die beiden besten Nummern, das originale Marionettenduet, sowie das Quartett schlugen auch gestern kräftig ein. Die neuen Kräfte waren sichtlich bemüht, sich ebenbürtig den bekannten Rollenhabern anzugleichen, hatten aber nicht durchweg den gewünschten Erfolg. Herr Brandl war als Pagan wohl zureichend, dürfte aber bisher kaum die nötige Ruhe gefunden haben, sich in den Charakter der nicht leicht zu treffenden Figur zu vertiefen. Fräulein Stalka sah als Prinz reizend aus und hinterließ auch in stimmlicher Hinsicht einen vorwiegend günstigen Eindruck. Um über die Dame ein abschließendes Urteil zu gewinnen, müßte man sie in einer ernstlicheren Rolle sehen.

B. Durra, = Heideckstraße 37, ...

Erscheint 3 mal wöchentlich.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Städtischer ...

Abzahlungsgeschäfte ...

Alkoholfreie Getränke ...

Bäckereien und Konditoreien ...

Badeanstalten ...

Bandagisten ...

Berufskleidung ...

Brauerei ...

Brauerei ...

Brauerei ...

Brauerei ...

Brauerei ...

Brauerei ...

Brauerei ...

Fahrräder, Nähmaschinen ...

Fahrräder, Nähmaschinen ...

Fahrräder, Nähmaschinen ...

Fahrräder, Nähmaschinen ...

Fahrräder, Nähmaschinen ...

Fahrräder, Nähmaschinen ...

Fahrräder, Nähmaschinen ...

Fahrräder, Nähmaschinen ...

Fahrräder, Nähmaschinen ...

Fahrräder, Nähmaschinen ...

Fahrräder, Nähmaschinen ...

Fahrräder, Nähmaschinen ...

Fahrräder, Nähmaschinen ...

Fahrräder, Nähmaschinen ...

Fahrräder, Nähmaschinen ...

Fahrräder, Nähmaschinen ...

Fahrräder, Nähmaschinen ...

Fahrräder, Nähmaschinen ...

Fahrräder, Nähmaschinen ...

Charitz, Paul, Friedrich ...

Charitz, Paul, Friedrich ...

Charitz, Paul, Friedrich ...

Charitz, Paul, Friedrich ...

Charitz, Paul, Friedrich ...

Charitz, Paul, Friedrich ...

Charitz, Paul, Friedrich ...

Charitz, Paul, Friedrich ...

Charitz, Paul, Friedrich ...

Charitz, Paul, Friedrich ...

Charitz, Paul, Friedrich ...

Charitz, Paul, Friedrich ...

Charitz, Paul, Friedrich ...

Charitz, Paul, Friedrich ...

Charitz, Paul, Friedrich ...

Charitz, Paul, Friedrich ...

Charitz, Paul, Friedrich ...

Charitz, Paul, Friedrich ...

Charitz, Paul, Friedrich ...

Byzantische ...

Byzantische ...

Byzantische ...

Byzantische ...

Byzantische ...

Byzantische ...

Byzantische ...

Byzantische ...

Byzantische ...

Byzantische ...

Byzantische ...

Byzantische ...

Byzantische ...

Byzantische ...

Byzantische ...

Byzantische ...

Byzantische ...

Byzantische ...

Byzantische ...

Herren-Artikel ...

Herren-Artikel ...

Herren-Artikel ...

Herren-Artikel ...

Herren-Artikel ...

Herren-Artikel ...

Herren-Artikel ...

Herren-Artikel ...

Herren-Artikel ...

Herren-Artikel ...

Herren-Artikel ...

Herren-Artikel ...

Herren-Artikel ...

Herren-Artikel ...

Herren-Artikel ...

Herren-Artikel ...

Herren-Artikel ...

Herren-Artikel ...

Herren-Artikel ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Resthandlungen ...

Eisen- u. Stahlwaren ...

Eisen- u. Stahlwaren ...

Eisen- u. Stahlwaren ...

Eisen- u. Stahlwaren ...

Eisen- u. Stahlwaren ...

Eisen- u. Stahlwaren ...

Der Parteitag und die Parteipresse.

III.

Das bayerische Parteiorgan, die „Münchener Post“, feiert den Parteitag als das Parlament der Einigung gegen den blau-schwarzen Block:

Die Verhandlungen von Jena waren von Anfang an von dem Gedanken beherrscht, daß es zunächst gilt, den schwarz-blauen Block zu zerschlagen. Es zeigte die große politische Reife dieses Parteitages, daß er, im Bewußtsein dieser wichtigsten und unaufschiebbaren Aktion, sich durch keine Gegenversuche unpolemischer Eingänge stören ließ. Von Revisionisten und Radikalen war diesmal nicht mehr die Rede, und wer die Debatte künstlich in dieser Richtung zu verschleppen unternahm, wurde, fast mit einigem Grausamkeit, ausgeschaltet. Man war zur Klarheit darüber gelangt, daß es in der Politik eigentlich nur zwei Richtungen gibt: die der Vernunft und der Unvernunft. Die hohe Vernunft und die zielichere Unerschrockenheit, die den Parteitag beherrschte, hat denn auch die Parteien aufs tiefste verstimmt, die alle Ursache haben, die proletarische Einsicht zu fürchten.

In einer energischen Absage an „Massenstreikphantasien“ benutzt die „Fränkische Tagespost“ in Nürnberg ihre Besprechung:

Die Klärung, die manchem vielleicht überflüssig erscheinen mag, hat das Referat Webels an seiner Stelle, wo er von der Anwendung des Massenstreiks im Falle eines Kriegsausbruches sprach. „Da werden die Massen nicht nach Massenstreik, sondern nach Arbeit und Brot!“ Diese Worte Webels, die ihm die lebhafteste Zustimmung des Parteitages eintrugen, verdienen festgehalten zu werden, denn sie sind geeignet, den Phantastereien mancher Massenstreikphantasien gründlich ein Ende zu bereiten. Solche Schwärmer gibt es nicht bloß bei den Anarchisten. Es bestehen auch in der Sozialdemokratie freilich nur kleine Strömungen, die mit Massenstreikaktionen, die über die auf dem Jenaer Parteitage 1905 gezogenen Grenzen hinausgehen, liebäugeln. Eine Partei, die, wie die sozialdemokratische, den realen Boden der Wirklichkeit nicht verlassen will und darf, muß sich von derartigen ideologischen Dirngespinnst fernhalten.

Der Parteitag hat das Signal fürs ganze Land gegeben, sich zu rüsten und bereit zu machen für die Wahlschlacht, die eine der wichtigsten seit Gründung des Deutschen Reiches ist. Er hat es vermieden, die inneren Zwistigkeiten vor aller Welt angeht, die des Feindes aufzufressen. Denn wer sich in solchen Angelegenheiten gegen den Freund wendet, arbeitet für den Feind. Eine fest verbundene Phalanx tritt die Sozialdemokratie auf den Kampfplan. Vergessen ist aller Pader und Streit! Kein Parteitag der letzten Jahre wird so uneingeschränkt Billigung unter den Parteigenossen finden. Die wärmenden Strahlen frohen Kampfesmutes gehen von seinen Verhandlungen aus und erfüllen uns alle mit dem schönen Bewußtsein, in dem beginnenden Kampf als Kämpfer für eine hohe Sache, hinter der eine einige Masse steht, unser Sein einzusetzen.

Recht zufrieden mit dem Parteivorstand und Genossen Webel zeigt sich ein „sch.“ gezeichneter Artikel des Steinhilber Parteiblattes, in dem es heißt:

Am meisten ist uns bei der ganzen Debatte der beiden ersten Verhandlungstage aufgefallen — und das machen wir dem Parteivorstand zum besonderen Vorwurf — daß kein Mitglied des Parteivorstandes Gelegenheit genommen hat, den Mitarbeiter der sogenannten „Sozialistischen Monatshefte“, soweit sie sich Parteigenossen nennen und auf dem Parteitag auch über die angeblich parteischädigenden Publikationen der Genossin Zugumburg geredet haben, das Sandwerk zu legen. Dieses nun schon seit Jahren ganz systematisch betriebene Verleumdungswerk einiger Revisionisten wird durch das Schweigen des Parteivorstandes ohne weiteres sanktioniert. Man lasse das Geschrei des ganzen Jahres ruhig heulen und betrachte sich nur immer das Parteitagshandb. das ausgefüllt viel Salamin und Unrat enthält und deshalb auch regelmäßig erweitert werden muß, und man wird finden, daß von allen Radikalen zusammen nicht entfernt so viel Parteischädigendes geleistet wird, als von der Handvoll „Reformisten“. Wo bleibt denn hier die Nützlichkeit des Parteivorstandes? Unter Gotthart Parteivorstand sagt mit Recht: Man muß eben Revisionist sein, um sich in der Partei alles erlauben zu können.

Ein Beweis, daß der Parteivorstand nicht korrekt gehandelt hat, ist das schwere Geschick, das gegen die Genossin Zugumburg und ihre Verteidiger ausgefahren wurde. Dadurch wurde auch die Debatte, die durchaus in den Rahmen des Richtigen über die Tätigkeit des Parteivorstandes hineingehörte, eine rein persönliche und wir müssen offen gestehen, direkt mißbräutig. Wir sind gewiß nicht zimperlich und hatten sogar eine scharfe Auseinandersetzung manchmal für viel heilsamer, als eine auf dem Wege von Kompromissen herbeigeführte Einigung. Was aber hier an Beschimpfungen geleistet wurde, hinterläßt keinen angenehmen Eindruck. Von den Ausfällen der Richter, David, Legien, Schmidt usw. ganz zu schweigen, war es gerade Genosse Webel, der sich auch nicht im geringsten beherrschen konnte.

Einen ganz anderen Eindruck hat man in der Nachbarschaft Steitins, im „Lübecker Volksboten“ von den Verhandlungen gewonnen:

„Einen ziemlich breiten Raum nahm in den Verhandlungen des Parteitages die Debatte über den Geschäftsbericht des Vorstandes ein. Schon mehrere Wochen vor der Jenaer Tagung erhoben sich hier und da Stimmen der Kritik über den Parteivorstand. Er sollte in der Marokkoangelegenheit geschlafen haben, an mangelnder Initiative franken und was dergleichen Angriffe mehr waren. Nun ist es selbstverständlich nicht nur das gute Recht, sondern die Pflicht der Parteigenossen, Kritik zu üben, wo sie ihnen angebracht erscheint. Es liegt uns auch vollständig fern, die Kritik irgendwie unterbinden zu wollen. Zunächst verlangen wir, daß sich die Kritiker in den Grenzen halten, die ihnen die parteigenössliche Pflicht auferlegt. Das ist nicht immer geschehen. Dann aber müssen wir uns mit aller Entschiedenheit gegen jene Kritik wenden, die in Arglosigkeit ausartet und die uns unter Umständen in unseren Kämpfen schwer schaden kann. Wir haben hier die meisten Genossen und Genossinnen im Auge, die in ihrer allumfassenden Weisheit vom hohen Richtersitz herab alles, was vom Parteivorstand kommt, bekriegen. Diese Reiter und Reiterinnen des Kapitols glaubten, auch auf dem Parteitag ihre Tätigkeit fortsetzen zu müssen. Sie haben hier aber erfreulicherweise keine Resonanzboden gefunden; selbst diejenigen Delegierten, die mit der Haltung des Parteivorstandes in der Marokkofrage nicht einverstanden waren, haben sich unzweideutig von ihnen abgewandt, sobald sie, um der Niederlage zu entgehen, im letzten Moment ihre den Parteivorstand tadelnden Angriffe zurückzogen. Die Mißbilligung, die manchem jener „Kritiker“ zuteil wurde, war eine durchaus berechtigte.“

Ähnliche Eindrücke gewann die „Schleswig-Holstein'sche Volkszeitung“, die aber nicht ganz so einverstanden ist mit den Beschlüssen, als das Lübecker Blatt:

Im großen und ganzen sind auch wir von dem Ergebnisse des Parteitages befreit. Er hat in den Hauptpunkten, auf die es besonders ankam, Feuerungsfrage, Marokkofrage, Reichsversicherungsordnung und Reichstagswahl dem Gegner gegenüber offene Fronten gezeigt, er hat dem Parteivorstand vermehrte Arbeitsschritte gefordert und der Partei einen neuen Führer gegeben, zu dessen Fähigkeiten als Kämpfer und Einiger man festes Vertrauen haben kann, er hat ferner den Anstoß zur Verbesserung des Oberbaus innerer Organisation gegeben und weise dafür gesorgt, daß die häuslichen Streitigkeiten der Verhandlungen nicht aus der Richtung brachten, die dieser Wahlparteitag des Klassenbewußten Proletariats in erster Linie haben mußte. Mögen auch manche Einzelheiten Anlaß zu kritischen Bemerkungen geben, sie sind nicht wichtig genug und jetzt ist auch nicht Zeit genug, um ihrer vor der Hand zu gedenken.

Der Parteitag ist geschlossen — der Wahlkampf ist eröffnet!

Die „Bremer Bürgerzeitung“ rechnet sich alles zu, was auf radikaler Seite Bedeutung hat:

Man redet so oft und so gern über das kleine Grüppchen von Radikalen, das in dem Leipziger und dem Bremer Parteiblatt zu Worte kommt, von dem aber die große radikale Parteimasse nichts wissen will — ja, kurz vor dem Parteitag wurde sogar davon gesprochen, man solle diese paar rufschreienden Elemente zum Schweigen bringen oder hinauswerfen. Nun, dieser Parteitag hat bewiesen, daß das alles nur inhaltsloses Gerede ist. Nicht ein kleines Grüppchen von Radikalen, sondern die besten Wortführer und der feste Kern der radikalen Richtung standen hier in der Unzufriedenheit über die Aktionsstrategie des Parteivorstandes zusammen. Rosa Luxemburg, Lenich, Etkmann, Ledebour, Clara Zetkin, Laufenberg, Karl Liebknecht, Dührmann sprachen alle in demselben Geiste; außer bei den Revisionisten ausgeprägter oder unausgeprägter Art fand der Parteivorstand nur bei dem Vertreter von Berlin Verteidigung, und es ist bezeichnend, daß die Reden Webels zur Verteidigung des Parteivorstandes bei den Revisionisten den stärksten Beifall fanden, dagegen auf der linken Seite bei fast der Hälfte des Parteitages die Hände nicht in Bewegung bringen konnten. Diejenigen, die in der Frage der Taktik und der Aktionsmethoden der Partei miteinander nahezu einer Meinung sind, die immer mehr die Notwendigkeit von Massenaktionen vor sich sehen, die wünschen, daß bei den großen Fragen des Kampfes die Massen auf den Plan gerufen werden; die nicht aus dem Wahlkampf die einzige Souveränität machen wollen, gegen die alles andere zurücktreten hat, die die moderne Entwicklung der kapitalistischen Macht als eine einheitliche Volkstaktik ansehen, gegen die das Proletariat seine Gesamtmacht mobil machen muß — sie bilden nicht ein unbedeutendes Häuflein, nicht einige zufällige Schriftsteller, sondern sie bilden die Hauptmasse des linken Flügels der Partei. Sie haben zwar nicht die Mehrheit der Partei bewußt hinter sich, aber sie sind ein zu wichtiger und starker Teil der Partei, als daß sie sich in dem Kampf für ihre Anschauungen irgendwelche Zurückhaltung auferlegen lassen werden.

Kautsky und Mehring, Webel und Rosenbühler, die Radikalen von Berlin und Brandenburg, Sachsen und Schleswig-Holstein zählen also nicht mehr mit, die adä Mann hier oben sind die besten Wortführer und der feste Kern der radikalen Richtung. Solcher Heberhebung gegenüber sagt die Bielefelder „Volksmacht“ etwas kräftig:

Aber weder auf Webel, noch auf die ungeheure Mehrheit der norddeutschen Parteigenossen machte dieser Ankerus (Rosa Luxemburg) auch nur den geringsten Eindruck, und so kam es, daß der Parteitag bis zum Schluß darüber, daß er willens war, reale Arbeit zu machen und alle öde und schädliche Phrasendrescherei abzulehnen, seinen Zweifel aufkommen ließ. Denn das war der Punkt, auf den es ankam: Sollte die Taktik der Lenich, Zugumburg und Genossen für die Partei maßgebend werden, oder sollten wir auf dem Wege weiter gehen, den uns unsere Jahrzehnte lange Organisationsarbeit gelehrt hatte, die Organisationsarbeit nicht nur für die politische Partei, sondern für die Arbeiterklasse überhaupt, für die Gewerkschaften, für die Genossenschaften, für die gesamten Bildungsbewegungen, durch welche aus einer in Gleichgültigkeit und Apathie dahin vegetierenden Masse binnen den vierzig Jahren des Bestehens des Deutschen Reiches das freieständige, siegesbewußte Heer der modernen Arbeiterklasse geworden ist. Sollte doch die „Leipziger Volkszeitung“ die Genossen Kautsky und Mehring schon zu dem alten Eisen geworfen, während Genossin Zugumburg es noch bedauert hatte, daß es Kautsky gewesen war, den sie mit ihrer lebenswürdigen Flugblattkritik getroffen hatte. Und das materialistische Wäntelchen, welches die „Leipziger Volkszeitung“ ihrem Todesurteil umhing, machte die Sache wirklich nicht schmackhafter, sondern bewies nur, daß man auch Mißbrauch mit der materialistischen Geschichtsauffassung treiben kann.

Was haben die Personen, welche der Partei als die geeigneten Führer für die bevorstehende Zeit des Anstiegs angesehen wurden, nicht alles versucht, um den Parteitag für das revolutionäre Brautentum zu gewinnen! Es waren das alles Genossen, die am grünen Tisch sitzen und keine Ahnung von der Arbeit im Volk und deren Bedürfnis haben. Und sie haben beim Parteitag, in welchem die Genossen der tätigen Aktion und Organisation die überwiegende Mehrheit haben, gar keine Gelegenheit gefunden. Zwar ist von der speziell Zugumburgschen Revolutionspolitik gar nicht die Rede gewesen. Es fing sofort mit einer solchen Schluppe jener Seite an, daß darüber schamhaft geschwiegen wurde.

Zur Wahl des Genossen Haase äußern sich das Anhalt „Volksblatt“ und die „Volksstimme“ in Magdeburg. Das erstere dieser Blätter sagt:

Auch die Bereitwilligkeit der beiden in der Partei vorhandenen Richtungen, in vollem Frieden zusammen zu arbeiten, hat dieser Parteitag durchaus bewiesen. Wenn der neugewählte zweite Vorsitzende der Partei, Genosse Haase, diesmal noch nicht die Stimmen von rund 100 Parteigenossen bekommen hat, so haben die Betreffenden wahrscheinlich damit zum Ausdruck bringen wollen, daß sie erst einmal ein Jahr abwarten wollen, wie sich die von Webel dem Genossen Haase nachgerühmte Neigung zur Objektivität und Versöhnlichkeit praktisch erweist, um dann eventuell später einen um so deutlicheren Beweis des Vertrauens zu geben. Wir möchten die Hoffnung und auch die Zuversicht aussprechen, daß es wirklich kommt, daß Haase doch sehr bald der Vertrauensmann der ganzen sozialdemokratischen Partei in Deutschland sein wird.

Ähnlich die „Magdeburger Volksstimme“: „Wir möchten der Hoffnung Ausdruck geben, daß es dem Genossen Haase gelingen möge, die Partei in kritischen Augenblicken zu führen, ihr Richtung gebend voranzugehen in den heißen Kämpfen, die uns bevorstehen und daß er Gegenläufe, die naturgemäß immer vorhanden sind, zu überbrücken suchen werde.“

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Rechtsschutzstellen für Frauen.

Wir werden um Aufnahme solander Zuschrift ersucht: In vielen schlesischen Städten bestehen Rechtsschutzstellen für Frauen, die Ausschuckende bei der Durchführung ihrer Rechtsansprüche tatkräftig und unentgeltlich unterstützen. Diese, von vorangehenden und in profunder Arbeit erworbenen Frauen geleiteten Rechtsschutzstellen fertigen Gesuche an, reichen Klagen für ihre Klientinnen ein, erteilen Rat bei Alimentationsforderungen, Schuldbekanntungen, Eheerhebungen und Mietsstreitigkeiten, in Testamenten- und Erbschaftsangelegenheiten und geben Auskunft in Krankenlasten-, Unfall-, Invaliden- und Altersversicherungsangelegenheiten. Jede Frau, die sich den Rechtsschutzstellen für Frauen anvertraut, wird in einem abgetrennten Räume beraten und kann strengster Geheimhaltung und der gewissenhaftesten Bearbeitung ihres Falles sicher sein. Die Rechtsschutzstellen bemühen sich, bei Streitigkeiten vermittelnd und begütigend einzuwirken, jedoch häufig durch ihre Vermittlung kostspielige und zeitraubende Prozesse vermeiden werden. Auf Wunsch werden die Klientinnen bei den Gewerbetreibenden, Kaufmanns- und Schiedsgerichten der Versicherungsgesellschaften vertreten. Vor den ordentlichen Gerichten übernehmen die die Rechtsschutzstellen beratenden Rechtsanwältinnen die Vertretung. Zur schnellen und guten Durchführung jedes einzelnen Falles ist es notwendig, daß sich die Ratsuchenden so früh als möglich an die Rechtsschutzstellen wenden, besonders vor Unterzeichnung eines Kontraktes, bei Streitigkeiten mit Abhängigkeitsgeschäften und bei Alimentationsforderungen an den unehelichen Vater, da diese schon vor der Geburt des Kindes eingeklagt werden können, um die arbeitsunfähige Mutter vor der Not zu schützen.

Die Rechtsschutzstellen verbreiten aber auch Rechtskenntnisse und heben das Rechtsbewußtsein unter den Frauen. Alle, die ein Interesse am Volkswohl haben, sollten für weitestgehende Verbreitung dieses Flugblattes Sorge tragen.

Die in Schlesien bestehenden Rechtsschutzstellen sind in:

- Bentzen O.S.**, im Stadthaus, Klosterplatz. Sprechstunde Montag von 5 $\frac{1}{2}$ —6 $\frac{1}{2}$ Uhr.
- Hörsing**, im Volkshaus der Gemeindeverwaltung. Sprechstunde Donnerstag von 4 $\frac{1}{2}$ —5 $\frac{1}{2}$ Uhr.
- Breslau**, Palleigasse 6a. Sprechstunde täglich außer Sonnabend von 4 $\frac{1}{2}$ —7 Uhr.
- Brieg**, Viktoriastraße, Gewerbehau. Sprechstunde Dienstag von 11—1 Uhr.
- Bunzlau**, Alte Mädchenschule. Sprechstunde Sonntag von 5—7 Uhr.
- Glab**, Alte Kaserne, Grünstraße. Sprechstunde Sonntag von 5—7 Uhr.
- Gleititz O.S.**, Rathaus. Sprechstunde Mittwoch und Sonnabend von 5—6 Uhr.
- Glogau**, Taubenstraße 8. Sprechstunde Mittwoch von 5 $\frac{1}{2}$ bis 6 $\frac{1}{2}$ Uhr.
- Görlitz**, Judnring 15. Sprechstunde Sonntag von 5 $\frac{1}{2}$ bis 7 Uhr.
- Grünberg**, Stadthaus. Sprechstunde Freitag von 6 $\frac{1}{2}$ —8 Uhr.
- Hirschberg**, G. St. Haus „Zum goldenen Schmelz“. Sprechstunde Donnerstag von 11—1 Uhr.
- Jauer**, Volkshaus am Liegnitzer Kirchhof. Sprechstunde Mittwoch von 2—4 Uhr.
- Lauban**, Evang. Vereinshaus. Sprechstunde Sonntag von 5 $\frac{1}{2}$ —7 Uhr.
- Liegnitz**, Altes Rathaus, Zimmer 9. Sprechstunde Freitag von 5 $\frac{1}{2}$ —7 Uhr.
- Reiße**, Königsstraße 5, Kl. Sp. W. Sprechstunde Sonntag von 5—6 $\frac{1}{2}$ Uhr.
- Oppeln**, Nikolaistraße 32. Sprechstunde Mittwoch von 6 bis 8 Uhr.
- Ratibor**, Jungernstraße 12. Sprechstunde Donnerstag von 4 $\frac{1}{2}$ —6 Uhr.
- Sagan**, Stadthaus. Sprechstunde Mittwoch von 5—7 Uhr.
- Sorau**, Handelskammer. Sprechstunde Freitag von 5—7 Uhr.
- Sprottau** wird demnächst eröffnet.

Liegnitz, 20. September. Zum Streit der hiesigen Silberarbeiter. In dem Betriebe der Silberwarenfabrik von Paul Sandig u. Co., Rabachstraße 9, dessen männliche Arbeiterschaft bis auf eine winzige Ausnahme dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angehört, bestanden seit einiger Zeit Differenzen persönlicher Natur. Diese haben nun, nachdem alle Bestrebungen der beteiligten Organisation und deren Leitung auf eine friedliche Beilegung an dem Verhalten der Firma scheiterten, die jedwede Verhandlung verweigerte, dazu geführt, daß am 9. September 22 Personen — also fast das gesamte männliche Personal — in den Streik traten. Die eigentliche Ursache zu den Differenzen bildet der Wertmeister Kraft, dessen ganzes Bestreben darauf gerichtet war, den Betrieb von Verbandsmitgliedern nach und nach zu säubern. Treue Helfers Helfer für sein Vorhaben fand er in früheren Verbandsmitgliedern und jetzigen Mitgliedern des Streich-Quartiers Gewerkschafts, in den Silberarbeitern Kramer und Steller. Diese beiden Herren suchten sogar ihrem „Meister“ in dem organisationsfeindlichen Bestreben nach den Rang abzulaufen. Einem solchen Beginnen konnte die Organisation auf die Dauer naturgemäß nicht unaktiv gegenüberstehen und verlangte vom Firmeneigentümer entsprechende Maßnahmen. Das aber wurde von Herrn Sandig abgelehnt, der ganz in das Schlepptau des Herrn Treuegeheimnis gepannt war und auf einmal eine scharfe Gegnerschaft gegen die Organisation an den Tag legen zu müssen glaubte. Das war aber nur möglich, weil Herr Sandig das Dreimännerkollegium Kramer-Kramer-Steller in seiner ganzen Größe noch nicht durchschaut hat. Öffentlich kommt ihm gar bald die bessere Einsicht, daß er im Gängelbande dieser beiden Riesen gefährliche Bahnen wandelt. Herr Kraft, der seit circa 1 $\frac{1}{2}$ Jahren in dem Sandig'schen Betriebe tätig ist, wird auch von dem letzten Tätigkeitsfeld seines ungezügelter Talents, aus Gotha, kein großes Loblied nachgesungen. Auch dort wollte er die Welt aus den Angeln heben — aber da verließ ihn seine Kraft! Bei Nacht und Nebel hat er den dortigen Betrieb verlassen, nachdem die „Reorganisation“ desselben vollendet. Selbst wenig zu leisten, aber andere desto mehr zu schikanieren, das war sein Motto, dem er auch in Liegnitz anscheinend treu bleiben will. Ueber seine beiden Helfer, die Herren Kramer und Steller, noch ein Wort der Kennzeichnung zu sprechen, ist nach ihren bisherigen Taten kaum nötig. Nachdem diese „harmonische Gesellschaft“ durch ihr Verhalten den Streik provoziert, setzen sie naturgemäß ihre ganze Kraft herein, den nachdenklichen Arbeitererfahrungen heranzuschaffen, denn solcher ist dringend notwendig. Wenn die Firma in der nun einsetzenden günstigen Konjunktur nicht kolossalen Schäden erleiden soll. Nur hat man bis jetzt wenig Glück gehabt, denn wenn die drei „Brüder“ auch höchstgelegend die Arbeitswilligen vom Bahnhof abholen und sorgsam darüber wachen, daß sie mit den Streikposten nicht in Verbindung kommen, die letzteren warten trotzdem ihres Amtes und klären sie unter Vorpiegelungen solcher Taktiken herausgelassen über die Streikbewegung auf. Um das letztere zu verhindern, hat sich Herr Kraft sogar zu einem recht laubhaften Plänen verhalten, das ihm letzter bisher nicht gelang. Zwei Arbeitswilligen — von denen der eine inzwischen schon wieder abgereist ist — legte er ein Schriftstück zur Unterschrift vor, wodurch diese befreit werden sollten. Daß sie durch die Streikposten belästigt worden seien. Das aber wurde von den Arbeitswilligen verweigert, da sie von den Streikposten nur in höchster Form

Über den Streit aufgeführt worden waren. Auch weitere Versuche, ein Zugeständnis von statgefundener Belästigung aus den Arbeitswilligen zu erlangen, blieben vergeblich, und damit wurde auch die Forderung auf den Staatsanwalt zurückgewiesen. Über auch die Polizei sucht die Arbeitswilligen mit Fragen heim, ob sie denn auch wirklich bislang von den Streikposten noch nicht belästigt worden sind. Erteilt wurde selbstredend auch hier das negative Resultat. — Daß auch die Firma vergebliche Anstrengungen macht, Arbeitswillige heranzubekommen, ist selbstverständlich. Aus ihren Verbefragungen wollen wir für heute nur ein ganz besonders charakteristisches herausgreifen, das an einen Silberarbeiter in Honau (Main) gerichtet war, der auf ein Geheiß der Firma reagiert hatte.

Magazin, den 5. September 1911.

Empfang Ihren Brief vom 4./8. und teile Ihnen mit daß Sie sofort oder Montag, den 11./9. eintreten können, vorausgesetzt, daß Sie nicht dem Deutschen Metallarbeiterverband angehören. Da 10 Silberarbeiter von uns gefälligst wurden, würden dauernd gut bezahlte Plätze frei.

Hauptfrage, daß Sie sich von den Ausgetretenen nicht beeinflussen lassen und jeden belangen, der Sie belästigt. Teilen Sie uns mit, ob und wann Sie kommen. N. B. Wir arbeiten auch ohne die 10 Silberarbeiter weiter und können noch ein paar nicht organisierte Silberarbeiter gebrauchen. Paul Sandia

Auf eine Beantwortung dieses Briefes wartet Herr Sandia noch heute vergeblich, und so dürfte es ihm noch in vielen anderen Fällen ergehen. Denn jeder nur einigermaßen Ehrgefühl besitzende Silberarbeiter muß es wohl von sich weisen, seinen um die Organisationsfreiheit kämpfenden Kameraden Kollegen in den Rücken zu fallen! — Zugun von Silberarbeitern nach hier ist unter allen Umständen zu verhindern.

Magazin, 21. September. Eingelieferter Mörder. Vor einigen Tagen ist in das hiesige Untersuchungsgefängnis der galizische Arbeiter Stanislaus Cieslik eingeliefert worden, der am 25. August, abends seinen Genossen und Landsmann Stanislaw Siemkiewicz mit einer Axt erschlagen hatte. Beide waren mit noch anderen galizischen Arbeitern auf dem Tomintium Nieder-Roth beschäftigt gewesen und in Streit geraten, der von den Frauen der beiden Arbeiter angefaßt war.

Schweidnitz, 21. September. Kindesmörderinnen. In erschreckender Weise mehrten sich in hiesiger Gegend die Kindesmorde. Außer den aus Kindesmordprozessen bereits Verurteilten, die hier ihre Strafe verbüßen, sitzen gegenwärtig nicht weniger als 6 Kindesmörderinnen im hiesigen Untersuchungsgefängnis in Untersuchungshaft. Sie werden voraussichtlich bereits im Oktober abgeurteilt werden.

Schweidnitz, 21. September. Wurf mit Stärke. Die hiesige Strafkammer verurteilte drei Fleischermeister aus Nimptsch zu 10 und 20 Wacht Gefängnis, weil sie ihren Wurstfabrikanten Strohmehl beigelegt hatten. Sowohl die Nimptscher Behörde als auch das Untersuchungsamt in Reichenbach hatten Wurstproben entnommen und dadurch kamen die Fälschungen zu Tage.

Sabelschwerdt, 21. September. Unnatürliche Mutter. In Kronenpfaul wurde in der Meise die Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden. Die nähere Untersuchung führte zu der Feststellung, daß die unverschämte Dienstmagd St. in Kronenpfaul vor kurzem heimlich ein Kind in ihrer Kammer geboren hatte. Unter dem Verhacht, das Kind getötet und dann den Leichnam in die Meise geworfen zu haben, wurde die St. verhaftet.

Görlitz, 21. September. Die Zimmermannsfrau Joseph aus Schwerta, die am 22. Juli ihre Schwiegermutter erschlagen hatte, wurde jetzt vom Schwurgericht zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

Steinach, 21. September. Ein schweres Sittlichkeitsverbrechen verübten in Gelsen drei 14-16 jährige Dienstmädchen an dem 17 jährigen Dienstmädchen des Gutbesizers Stiller. Die Mädchen warfen das ohnehin fränkliche Mädchen zu Boden und richteten es so zu, daß seine Heberführung in das Krankenhaus erfolgen mußte. Die Täter sind erkannt und sehen ihrer wohlverdienten Strafe entgegen.

Dissa i. P., 21. September. Tödlischer Unfallsfall. Der Zimmermann Murta aus Kielzowo fiel von einem Neubau so unglücklich herunter, daß er einen Bein- und Arm-

bruch und eine Wehrschütterung davontrug und nach kurzer Zeit starb.

Magazin, 21. September. Ein schwerer Manöverunfall hat sich in Sandau beim Ausladen von Geschützen zugezogen. Während einem Kanonier durch einen Kassetenschwanz ein Bein zerhackt wurde, ist ein Reservist durch ein zurückfallendes Geschütz getötet worden.

Aus Oberschlesien.

Zur Kandidatenfrage.

In einer Reihe ober-schlesischer Wahlkreise ist die Kandidatenfrage noch nicht gelöst. Gerade in dieser Frage prallen die Gegensätze der verschiedenen wirtschaftlichen Gruppen hart aufeinander. Interessant ist auch die Beobachtung, daß das nationale Element unter dem deutsch sprechenden Teil der Bevölkerung nicht stark genug ist, die wirtschaftlichen Gegensätze zu bannen. Wir sehen dies in Kreuzburg-Rosenberg, wo neben der Kompromißkandidatur des evangelischen Junkers v. W a b o r f noch der nationalliberale Landgerichtsrat W e l l m a n n kandidiert. Die gleiche Beobachtung kann in Ratibor gemacht werden. Dort wollen die Konservativen gleichfalls mit einem Kandidaten, einem Herrn G o l u s c h a, hervortreten. Sind die in diesem Kreise Zentrum und Konservativen scheinbar auftauchenden Gegensätze auch nicht ernst zu nehmen, viel mehr nur Wahlmache und zur Linderung der Wähler herbeigerufen, so liegen die Verhältnisse im engeren Industriegebiet, vor allem in dem Wahlkreise Ratiboritz-Jabrze und Neuthen-Farnowitz wesentlich anders. Was den Wahlkreis Ratiboritz-Jabrze anbelangt, so sind wir hier mit dem Genossen W i n i c z k i e w i c z und das Zentrum mit dem Landtagsabgeordneten Amtsrat G e h l auf der Wählseite erschienen. Die Polen tragen sich mit der Absicht, dem Vorsitzenden der Berufsvereinigungen, S o f i n s k i, die Kandidatur zu übertragen. Ein Bild hilflosen Kampfes bieten die liberalen Parteigruppen. Herr Justizrat K o h l, der Vorsitzende des Wahlvereins der fortschrittlichen Volkspartei in Oberschlesien, ist wie der Bekannte Kreis auf dem Dache und weiß sich nicht zu helfen. Und all diese Verwirrung, unter deren Opfern sich sogar die Regierung befindet, die bekanntlich den Anstoß zur Gründung der deutschen Wahlvereine gab, wird hervorgerufen durch die Herren mit dem großen Geldsack vom berg- und hüttenmännischen Verein. Hier schwingt in politischer Beziehung Herr S i l g e r das Szepter und löst die Reihige großindustriellen Machtstels auf das Bürgerium herniederzulassen. Typisch ist hierfür das Lokalverbot des Oberbergdirektors L i d gegen den fortschrittlichen Volksverein in Laurahütte, sowie S i l g e r s berühmte Rede auf dem Uhrenfest in Hienhofpart, wo von Philosophen und Bürgermeistern die Rede war, die für die Wünsche des Volkes (des der Großindustrie) kein Verständnis haben. Drei Kandidaten bietet das Bürgerium an, darunter den Generaldirektor C o b. Kohlenhütte, der neben W i l l i g e r von der Hüftenpartei präsentiert wurde. S i l g e r lehnt alle drei ab und verlangt die Annahme der Kandidatur W i l l i g e r, des Vorsitzenden des berg- und hüttenmännischen Vereins.

Wir sind überzeugt, daß man sich den Wünschen der Schlotbarone fügen wird, denn man braucht doch schließlich das Geld der Industriemagnaten, die so ausgezeichnet verstehen, unter dem Deckmantel nationalen Willens das liberale Bürgerium vor den Wagen ihrer Interessen zu spannen. Wenn auch der Gedanke einer eigenen Kandidatur immer wieder unter den Fortschrittlichen erwohnen wird, so scheint diese Drohung genau wie die andere, die Hüftenpartei bei den Landtagswahlen nicht mehr zu unterstützen, mehr darauf berechnet, die prekäre Lage der Fortschrittlichen und deutschen Wahlvereine kurz vor der Zustimmung zur Kandidatur W i l l i g e r nach außen zu verbeden. Das Beispiel in G e h l, wo man mit Haulen und Trompeten der Kandidatur nicht zustimmt, wird auch in diesem Wahlkreise Schule machen. Die Haltung der Deutschen Liberalen ist an dieser Stelle schon einmal gekennzeichnet worden. Diese Herren stimmen zunächst der ausgebrochenen Zentrumskandidatur des Grafen S o n n e r s m a r k zu. Diese Zustimmung haben sie jedoch in der letzten Zeit revidiert und es dürfte wohl wesentlich von den Garantien über das Verhalten des Zentrums bei einer eventuellen Stichwahl abhängen, ob man sich endgültig auf die Kandidatur Sonnensmark festlegt. Des liberalen Bürgerium kann eben nur unter den Fittichen der Großindustrie und unter Zuhilfenahme der Radmittel jener Seite politische Eroberungen machen. Es hat sich mit Gant und Saaren dem Galaktismus verschrieben und wird so im Namen des nationalen Chauvinis-

mus von der Großindustrie als Vorspann demagt. Die demokratischen Traditionen sind dem Gdgen Galaktismus geopfert worden, und so müssen wir leider sehen, daß auch das liberale Bürgerium, anstatt für den Fortschritt einzutreten, diesem Damm entgegenzusetzen hilft.

Ratibor, 21. September. Oberschlesisches. In der Nachbargemeinde Ostrog drangen zwei Männer in die unverschlossene Schlafkammer des 18 jährigen Dienstmädchens des Gastwirts Seifert ein und versuchten, das Mädchen zu vergewaltigen. Die Unholde banden dem Mädchen die Hände und steckten ihr eine Schürze in den Mund, um sie am Schreien zu hindern. Als sie ihren Zweck dennoch nicht erreichten, da sich das Mädchen aufs äußerste wehrte, betäubten die Kerle ihr Opfer durch einen Schlag auf den Kopf. Dann zer schnitten die Unmenschen der Verurteilten die Brüste und brachten ihr auch an den Waden schwere Schnittwunden bei. Durch das Anschlag eines Hundes sind die Attentäter verschreckt worden. Sie sind noch nicht ermittelt, doch glaubt die Polizei, ihnen auf der Spur zu sein.

Neuthen Oe., 20. September. Vorläufig 14 Jahre Zuchthaus! Der am Montag vom Schwurgericht wegen versuchten Mordes zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilte Grubenarbeiter Stanislaus Cieslik stand inzwischen wieder vor den Geschworenen, um sich wegen räuberischer Erpreßung zu verantworten. Dieses Mal nahmen vier andere Mitglieder der von dem verstorbenen Pudelo angeführten Räuberbande, die in der Montagverhandlung als Zeugen gegen ihren Komplizen Cieslik aufgetreten waren, neben ihm auf der Anklagebank Platz. Die Vurlichen sind am 8. Juni d. J. nachts in die Wohnung des Kaufmanns P a n i a d o w s k i eingebrochen und haben diesen und seine Ehefrau unter Bedrohung mit Revolvern zur Herausgabe von Geld gezwungen. Cieslik wurde zu sieben Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Die anderen erhielten Strafen von 5 Jahren Zuchthaus bis zu zwei Jahren Gefängnis. Cieslik hat bis jetzt schon 14 Jahre Zuchthaus zu verbüßen.

Ratiboritz, 21. September. Schwere Unfall eines schlesischen Ringkämpfers in der Türkei. Die aus Konstantinopel gemeldet wird, hat dort der bekannte Ringkämpfer Brylla aus Oberschlesien einen sehr schweren Unfall erlitten. Brylla nahm an den Ringkämpfen teil, die von dem Nouveau-Circus veranstaltet wurden. Unter den Ringkämpfern befanden sich u. a. der bekannte Breslauer Ringer Karl S a t t, der ungarische Champion Janos G a j o s, Georg Kurisch, L o m m a i e r, Max S c h w a r z, sowie der riesige Türke Mourlach T i l i s. Am 13. d. Mts. hatte Brylla mit dem riesigen, 2,16 Meter großen und 160 Kilogramm schweren Türken einen Entscheidungskampf auszufechten. In der 15. Minute warf der Riese seinen Gegner so wuchtig auf den Boden, daß Brylla betäubungslos liegen blieb und ins Hospital geschafft werden mußte, wo man inneren Bluterguß feststellte. Sein Zustand ist sehr bedenklich. Brylla hatte in dieser Konkurrenz schon mehrere Siege zu verzeichnen, u. a. bezwang er auch den gefürchteten Ringer Effendi H a b s c h i P a l l i. Brylla verfierte trotz seiner Jugend — er ist erst 23 Jahre alt — über große Körperkraft und besaß eine gut entwickelte Technik.

Schweidnitz, 21. September. Schießerei auf Polizeibeamte. In der Nacht zum Dienstag hatte der auf der Nachtwache befindliche Polizeisergeant S a h m die Arbeiter D i s c h i n a und S o b e l, die sich unbefugter Weise in eine Hochzeitsgesellschaft gemischt hatten und diese störten, aus dem Saale gewaltsam entfernt. Auf der Straße schossen die Arbeiter mit Revolvern auf den Beamten. Eine Kugel drang diesem in den Unterleib. Der Polizeisergeant, der jetzt auch von seiner Schusswaffe Gebrauch machte, verletzte den Sobel leicht am rechten Oberarm. Der schwerverletzte Beamte wurde nach seiner Wohnung gebracht. Die Kugel ist im Unterleib stecken geblieben und muß auf operativem Wege entfernt werden. Die Täter wurden verhaftet. (Fortsetzung siehe 1. Beilage, 3. Seite.)

Kufeke - Kinder-nahrung - Hervorragend bewährte Nahrung. Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei u. leiden nicht an Verdauungsstörung. - Kranken-kost.

Am 18. d. Mts., mittags 12 1/2 Uhr, verschied nach langem, schwerem Leiden meine innigstgeliebte Gattin, unsere gute Schwester, Schwägerin und Tante
Ida Deus geb. Schreiber
im Alter von 54 Jahren 3 Monaten.
Dies zeigt schmerzzerfüllt an
Der tieftrauernde Gatte
August Deus.
Beerdigung: Freitag, den 22. September, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Kapelle des St. Barbara-Friedhofes Cosel.
Trauerhaus: Leuthenstrasse 38. 5081

Dienstag, mittags 12 Uhr, verschied nach kurzem, schwerem Leiden unser treues Verbandsmitglied
Frau Emilie Valentin
geb. Schuhknecht
im Alter von 58 Jahren. 5083
Ein ehrendes Andenken werden ihr bewahren
Die Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiterverbandes (Zahlstelle Breslau).
Beerdigung: Freitag, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle des St. Barbara-Friedhofes in Cosel — Trauerhaus: Tschepinerstr. 20.

Geübte Repassiererrinnen und junge Mädchen
für leichte Arbeit stets gesucht. 15064
Neustadt & Neumann, Reuschestr. 46.

Ziehung vom 4.—7. Oktober cr.
Roten Kreuz-Geld-Lotterie
Gewinnsumme: 100,000 Mk. in 5000 Lose à 3,50 Mark
25,000 „
15,000 „
10,000 „
Porto und Liste 30 Pfg. extra. 5077
Obige Lose empfiehlt und verleiht:
B. Klement, Breslau I, Ring Nr. 22,
erwerbend vom Schweidnitzer Keller, Spezial-Lotterien, Bankgeschäft und Münzhandlung.

Am 18. d. Mts. verschied nach kurzen Leiden die Frau unseres Kollegen
Frau Emilie Valentin
geb. Schuhknecht
im Alter von 58 Jahren.
Ein ehrendes Andenken werden ihr stets bewahren
Die Mitarbeiter und Helfer der Firma Adolf Stephan, Tannenstrasse 74.
Beerdigung: Freitag, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Barbara-Friedhofes in Cosel. 5075

Für **Dampfmaschinen Dampfmaschinen Dieselmotoren** 5045
werden von allererster Firma
tüchtige, zuverlässige Monteure
für dauernde Beschäftigung bei hohem Lohn und zum möglichst baldigen Antritt gesucht.
Schriftliche Bewerbungen erbeten u. Chiffre J. J. 13074 an Rudolf Mosse, Berlin SW.

Waren- u. Kaufhäuser.
Gehr. Borasch, Ring, Neumarkt
Basar Wilmanns, Ring, 109.
Friedländer, Julius, Ring, 10.
Kaufhaus „Adler“, Ring, 10.
Kaufhaus „Zur Einigkeit“, Ring, 11.
Nothenberg, Ring, 19.
Wäsche, Trikotsagen
Bielichowsky O. II., Ring, 75-78.
Hauschner, Fr., Ring, 13.

Fortsetzung des Bezugsquellen-Verzeichnisses
Reinelt, C. A., Ring, 2.
Friedrich, Gehr., Ring, 24.
Welsch- und Wollwaren
Wilde- und Geflügel.
Zahn-Ateliers
Zigarren u. Zigaretten
Miganti Nr. 2 u. 3
Raucht Sur-Sar-Zigaretten
Raucht „Unida“-Zigaretten
Raucht Okassa Zarrolo Haloppi 3.